Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71. Dienstag, den 24. März 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Patriotismus und Kapitalismus.

Für die Zukunft Deutschlands bereiten sich schwere soziale und ökonomische Konflikte zwischen den oberen Zehntausend und der großen Masse des arbeitenden Volkes vor. Die Profitgier der herrschenden Klassen kennt keine Grenzen und es kommt dies in der Industrie wie in der Landwirtschaft gleichmäßig zum Ausdruck.

Während die deutschen Unternehmer größere Aussperrungen der einheimischen organisierten Arbeiter planen, suchen sie möglichst große Massen von ausländischen unorganisierten Arbeitern heranzuziehen, die sie als Lohndrücker und für den Fall von Lohnkämpfen als Streikbrecher und „Arbeitswillige" verwenden zu können hoffen. Dies geschieht, obschon nach dem Niedergang der Prosperitätsperiode das Angebot deutscher Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt ein außerordentlich großes ist und namentlich im Baugewerbe schon längst die Nachfrage bedeutend übersteigt. Außerdem hat aber die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland schon an sich eine enorme Steigerung erfahren. Eine Haupteinwanderungsstelle für italienische Arbeiter ist die Gegend des Bodensees und schon vor Wochen wurde von dort gemeldet, daß der Zustrom von italienischen Arbeitern so groß sei, wie nie zuvor. Bekanntlich sind italienische Arbeiter zu Hunderttausenden aus Amerika zurückgekehrt, von diesen wird sich wohl der größte Teil nach Deutschland wenden. Es ist begreiflich, daß das rasche Wachstum der deutschen Industrie an sich schon große Massen von ausländischen Arbeitern anzieht. Käme es auf unsere Unternehmer allein an, so würden überhaupt wenig mehr einheimische und meist ausländische Arbeiter beschäftigt. Sie suchen den Zustrom der letzteren mit allen Mitteln zu steigern und ihre Agenten durchstreifen ferne Länder, um billige Arbeitskräfte anzuwerben, während daheim Tausende und aber Tausende von fleißigen Händen zur Untätigkeit und ihre Besitzer damit zum Darben verurteilt sind. Ganz merkwürdige Erscheinungen kann man da beobachten. Nach dem Rheinland und nach Westfalen hat man bisher in großen Massen polnische Arbeitskräfte gezogen, als diese sehr billig waren. Nun haben sich die Polen dort zusammengeschlossen und bilden einen gewissen Machtfaktor. Sie sind zwar meist Angehörige des Deutschen Reichs, aber nun entdeckt man mit einem Male, daß sie eine „nationale Gefahr" bilden. Dieser will man durch Sprachenzwang für Versammlungen begegnen. Das erscheint in der Zeit der Polenhetze manchen Leuten plausibel. Der Erfolg würde eine Erschwerung der gewerkschaftlichen Kämpfe und infolgedessen eine Herabdrückung der Lebenshaltung auch der deutschen Arbeiter sein. Das kann den „patriotischen" Kapitalprotzen gerade passen. Inzwischen aber hat man für Westfalen mehrfach türkische Arbeiter angeworben. Diese arbeiten natürlich noch billiger als die Polen und können auch keine „nationale Gefahr" werden, da die preußische Polizei sie jederzeit abschieben kann.

Während die industriellen Unternehmer Deutschland mit einer Hochflut von ausländischen Arbeitern überschwemmen, verfallen die Agrarier auf die „Einfuhr" von chinesischen Kulis, um der „Leutenot" zu steuern. Und doch besteht diese „Leutenot" nur, weil die Agrarier so schlechte Löhne zahlen und die Leute so schlecht behandeln, daß auch die billigeren ausländischen Arbeitskräfte nicht mehr recht heran wollen.

Diese Erscheinung, die Verdrängung einheimischer Arbeiter durch ausländische, tritt in keinem Lande Europas so stark und so systematisch hervor, wie in Deutschland!

Die Besitzer der Produktionsmittel in der Industrie und des Grund und des Bodens spielen sich offiziell und inoffiziell als das wahre Patriotentum auf. Tagtäglich muß es sich der arme Schiller gefallen lassen, daß sie seine Verse vortragen: „Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an" usw., obwohl er diese Verse sicherlich nicht speziell für diese Klasse gemacht hat. Wer an den „patriotischen" Tiraden dieser Leute keinen Geschmack findet, der wird sofort als „vaterlandslos" angehaucht. Dabei scheuen sich diese „Patrioten" nicht, die besten vaterländischen Arbeitskräfte aufs Pflaster zu werfen und dafür billige und so häufig auch minderwertige ausländische Arbeitskräfte, wie Türken und Chinesen, Kroaten und Slowaken, heranzuziehen. Die auf das Pflaster geworfenen einheimischen Arbeiter sind doch Volksgenossen. Aber sie können mit chinesischen und türkischen Löhnen nicht bestehen und bei der überwiegenden Mehrzahl der Unternehmer hört eben der „Patriotismus" auf, wo der Kapitalist anfängt.

Der kapitalistische „Patriotismus" ist eine grobe Lüge, wie sich in diesem Falle ganz besonders deutlich zeigt.

Bekanntlich hat sich der internationale Kongreß zu Stuttgart mit der Frage der Ein- und Auswanderung befaßt. Er hat der Erkenntnis Ausdruck gegeben, daß diese Erscheinung mit dem Wesen des Kapitalismus zusammenhängt und daß schon deshalb Maßregeln, wie etwa Beschränkung der Freizügigkeit oder prinzipieller Ausschluß fremder Nationen und Rassen zu verwerfen sind. Dagegen hat es der Kongreß als notwendig erkannt, der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter durch unorganisierte ausländische Arbeitskräfte, Streikbrecher usw. entgegenzutreten. Indem er die internationale Solidarität des Proletariats aufrecht erhalten wissen wollte, empfahl er für die Einwanderungsländer: „1. Ausschließung derjenigen ausländischen gewerblichen Arbeiter, die mit einem Unternehmer des Landes in einem Kontraktverhältnis stehen; ferner aller jener, welche die Reise auf fremde Kosten machen; 2. einen für alle Arbeiter gültigen Maximalarbeitstag; gesetzliche Abschaffung der Heimarbeit und strenge Sanitäts- und Wohnungspolizei; 3. Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen von der Ansiedelung ausschließen oder sie ihnen erschweren; gesetzliche Regelung der Ausweisung Landesfremder, welche nur durch einen Gerichtsbeschluß verfügt werden darf; 4. Erleichterung des Eintritts Fremder in die Gewerkschaften und regste Agitation unter den Eingewanderten zum Eintritt in die Gewerkschaften; 5. Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen derjenigen Länder, aus welchen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert." — Für die Auswanderungsländer wurden entsprechende Bestimmungen, namentlich für das Transportwesen, vorgeschlagen.

Hier zeigt sich deutlich, daß der Internationale Kongreß auf der Höhe der modernen Kulturanschauungen stand, während der Kapitalismus und das Unternehmertum einen Zustand wirklich vaterlandsloser Barbarei erstreben. Denn die Konsequenz des Verhaltens der „patriotischen" Unternehmer wäre, daß unser Volk in seiner Mehrheit vom Erwerb des Unterhalts in der eigenen Heimat überhaupt ausgeschlossen würde. Dann würde es dasjenige, was man heute „deutsches Vaterland" nennt, überhaupt nicht mehr geben und die nationalen Eigenschaften der Deutschen würden verschwinden.

Volkswirtschaftlich aber würde Deutschland damit ein ungeheurer Schaden zugefügt werden. Denn die Lebenshaltung der aus allen möglichen Ländern herbeigeströmten Arbeiter müßte bei der schrankenlosen Überfüllung des Arbeitsmarktes auf das niedrigste Niveau sinken, was wieder dauernde Krisen im Geschäftsleben und mannigfache Zusammenbrüche zur Folge haben müßte. Ein innerlich schwaches Deutschland müßte auch nach außen schwach sein.

Die Sozialdemokratie will einen zeitgemäßen Ausgleich in den neuen Verhältnissen herbeiführen; sie will die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern durch eine gemeinsame sozialpolitische Gesetzgebung mildern.

Die Kapitalisten ruinieren lieber ihr eigenes Heimatland, als daß sie davon ablassen, den Kapitalprofit durch vermehrten Druck künstlich emporzuschrauben.

Die „patriotischen" Toaste unserer oberen Zehntausend bei Wein und Braten nehmen sich darum besonders schön und interessant aus.

Deutschlands Viehmangel.

Der freihändlerisch gesonnene Abg. Gothein schreibt in liberalen Blättern:

„Für Preußen liegen die Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1907 vor, und die agrarische Presse beeilt sich, triumphierend zu betonen, daß die Rindviehhaltung, nicht wie so oft von mir behauptet, im Rückgang sei; sie konstatiert eine „gewaltige Zunahme". Nun ist das Ergebnis in Preußen noch nicht maßgebend für das gesamte Reich. Aber selbst, wenn man annimmt, daß die Vermehrung in den übrigen Teilen des Reiches im gleichen Verhältnis wie in Preußen stattgefunden habe, so ist sie eben so lächerlich gering, daß sie im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme einem starken Rückgang gleichkommt.

Im Jahre 1900 gab es in Preußen 11 646 908 Rinder, 1907 11 996 804; die ganze Zunahme beträgt also 349 896 Stück, das ist in dem siebenjährigen Zeitraum eine Zunahme von 3 Proz. Von 1900 bis 1907 hat sich aber die Bevölkerung um 17 Proz. vermehrt. Der Rindviehstapel ist also kaum um mehr als den sechsten Teil von dem gewachsen, um was die Bevölkerung zugenommen hat.

Gleichzeitig hat sich die Zahl der Schweine von 15 355 959 auf 15 070 311 Stück, d. i. um 255 648 vermindert, während die Bevölkerungsvermehrung eine Zunahme von 2 bis 3 Millionen Stück erfordert hätte, und ebenso ist das Schafvieh um 36 693 zurückgegangen trotz der enorm gestiegenen Bevölkerung. Allerdings haben wir im letzten Quartal 1907 eine außerordentliche Zunahme der Schweineschlachtungen gehabt; aber diese beruhte eben nur darauf, daß infolge der hohen Preise der Futtermittel und der niedrigen Preise von Schweinen massenhaft Ferkel und nichtausgemästete unreife Schweine abgeschlachtet wurden.

Und trotzdem macht die Zunahme der Schweineschlachtungen selbst in diesem Rekordquartal prozentual gegenüber dem letzten Quartal 1904, also vor Eintritt der Fleischnot, kaum mehr als die Zunahme der Bevölkerung. In noch weit höherem Maße gilt das bezüglich der Schlachtungen von Ochsen; in denen von Bullen ist sogar ein effektiver Rückgang, in denen von Kühen nur eine geringfügige Zunahme vorhanden, die ebenfalls weit hinter der Bevölkerungsvermehrung zurückbleibt.

Trotz dieses Zurückbleibens der Rinderzucht sind Regierung agrarische Parteien eben dabei, die Einfuhr von Milch und Butter durch weitere Verschärfung der Sperrbefugnisse gegenüber dem Ausland im Reichsseuchengesetz zu erschweren. Dabei haben wir, wie bei der relativ schwachen Rinderhaltung natürlich, schon Milch- und Butterpreise, die für weite Teile der Bevölkerung kaum mehr erschwinglich sind und den Konsum dieser so unbedingt notwendigen Lebensmittel jedenfalls stark einschränken.

Graf Kanitz hat kürzlich erklärt, eigentlich müsse der Reichskanzler in einer Interpellation gefragt werden, was er gegen das Sinken der Schweinepreise zu tun gedenke. Diese sind noch reichlich hoch; aber es ist ohne weiteres zuzugeben, daß sie in keinem Verhältnis mehr zu den hohen Preisen aller Futtermittel stehen. Hier zeigt sich wieder einmal das alte Gesetz in seiner vollen Klarheit, daß hohe Getreidepreise niedrige Schweinepreise bedingen, denn wenn die breiten Schichten ihr Brot und ihre Kartoffeln so teuer bezahlen müssen, dann haben sie eben wenig Geld für Fleisch übrig; dann gehen die Preise des Schweinefleisches und damit die der Schweine zurück; dann lohnt es nicht mehr, die Schweine fett zu machen; dann müssen sie unreif geschlachtet werden; dann wird auch die Schweinezucht wieder eingeschränkt, bis bei billigeren Getreidepreisen wieder eine Fleischnot vorhanden ist. Das ist ein Zustand, der für die Züchter und Mäster ebenso ungünstig ist wie für den Konsumenten, der aber die naturgemäße Folge unsrer Viehzölle und -sperren und unsrer hohen Getreidezölle ist.

Wenn Fürst Bülow nicht der agrarischste aller Reichskanzler wäre, so würde er dem Grafen Kanitz auf seine geplante Interpellation antworten müssen: „Ich gedenke, dem Reichstag eine Vorlage wegen Herabsetzung der Getreidezölle zu machen." Mit dieser Antwort würde freilich Graf Kanitz sehr wenig einverstanden sein, aber es wäre die einzige, mit der die verlangte Abhilfe zu erzielen wäre."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Journalistenstreik im Reichstage

dauerte auch gestern noch fort. Die Versammlung der Journalisten beschloß gestern nachmittag die weitere Vertagung. Ein weiterer Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Journalisten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihrerseits keinerlei Schritte dem Reichstage gegenüber zu unternehmen seien. Im Laufe des Tages sind noch eine große Reihe Sympathiekundgebungen aus dem Reiche und dem Auslande eingetroffen.

Über die gestrige Sitzung des Reichstags liegt nur folgender nichtssagender Bericht vor: Am Bundesratstisch: Reichskanzler Fürst Bülow, v. Bethmann-Hollweg, v. Tirpitz, v. Schön, Nr. Nieberding, Kraetke, v. Sydow, Dernburg. Das Haus und die Tribünen sind voll besetzt. Zur Beratung stand der Etat für den Reichskanzler. Nach fast fünfstündiger Debatte wurde die Weiterberatung auf heute 1 Uhr vertagt.

Die Kolonialagrarier gegen Dernburg.

Nach der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz" erzählt man sich in den Wandelgängen des Reichstages nachstehende Geschichte: Konferenz Dernburg mit den in Berlin bezw. Deutschland ansässigen Vertretern der ostafrikanischen Pflanzungen. Die bekannte Beschwerdeschrift der ostafrikanischen Pflanzer an den Reichstag kommt zur Sprache. Der

Staatssekretär ist sehr erregt. Drohungen, wie sie von einem Berliner Minister wohl noch nicht vernommen worden sind, entfliehen dem Gehege seiner Zähne. „Sagen Sie den Herren, sie sollen mich nicht reizen. Bedenken Sie, ein Wort von mir, und Ihre Papiere fallen an der Börse bis dort hinaus!“ Er deutet auch noch an, daß dem einen oder anderen der unzufriedenen Herren draußen sehr wohl das Schicksal der Ausweisung blühen könnte! Einer der zu der Konferenz Erschienenen erhebt sich kühl: An und für sich hätten sie, die Hiesigen, mit der Beschwerdeschrift derer draußen ja nichts zu tun. Immerhin hätten sie vor einigen Tagen, telegraphisch und brieflich, den Rat nach Ostafrika gesandt, das Schriftstück zurückzuziehen. Er lege aber doch Wert darauf, zu erklären, daß dieser Schritt unterblieben sein würde, wenn die Drohungen des Staatssekretärs noch vor Absendung von Brief und Telegramm ausgesprochen worden wären . . . Derselbe Herr bestand auf der nachträglichen Registrierung dieses Vorganges im offiziellen Protokoll der Besprechung, als dieses von der gesamten Auseinandersetzung nur den ersten Satz seiner Antwort wiedergegeben hatte.

Ob das mobile Kapital wenigstens über die ostafrikanischen Kolonialagrarier den Sieg davontragen wird?

Neue Reichstags-Vorlagen.

Die Münznovelle, deren hauptsächlichster Inhalt bereits mitgeteilt worden ist, ist dem Reichstag zugegangen. Die Nachtragsetats mit der Forderung der Teuerungszulagen der Beamten werden den Parlamenten wahrscheinlich noch vor dem 1. April zugehen. Der Nachtragsetat für das Reich wird gegen 21 Millionen fordern. Schon Ende dieser Woche wird wahrscheinlich der Entwurf über die Haftpflicht des Reiches für Vergehen seiner Beamten dem Reichstag zugehen. Der Entwurf lehnt sich an den preußischen Entwurf an, der dem Landtage bereits vorgelegt ist.

Deutschland und die Philippinen.

Die in London und Paris erscheinenden „Financial News“ lassen sich unter dem 16. März aus Neuyork eine Nachricht telegraphieren, wonach Präsident Roosevelt mit Wilhelm II. in Verhandlungen über den Verkauf der Philippinen eingetreten sein soll. Diese angeblichen Verhandlungen sollen auch der wahre Grund für die Entsendung der amerikanischen Flotte nach dem Stillen Ozean sein, da man befürchte, daß die Japaner gegen den beabsichtigten Verkauf durch plötzliche Einnahme Manilas protestieren könnten. Deutschland wäre, wie weiter behauptet wird, willens, den Amerikanern für alle Zeiten gewisse Rechte auf den Philippinen zu gewährleisten. Noch andere Einzelheiten werden angeführt.

Daß die Amerikaner je eher, desto lieber, die Philippinen, die ihnen nur eine tote Last sind, loswerden möchten, ist bekannt; daß sie aber aus besonderen Gründen gerade den Japanern das Inselgebiet nicht überlassen möchten, weiß man auch. Und ebenso kann man sich denken, daß an den Philippinen sich keine europäische Macht die Finger verbrennen will — mit Ausnahme Deutschlands, das sogar für die Karolinen und Marianen zwanzig Millionen zahlte, zu keinem anderen Zweck, als sie auf der Landkarte als „Deutsches Schutzgebiet“ bezeichnen zu können. Deshalb kann, trotz aller offiziösen Dementis, die Nachricht der „Financial News“ nicht so ohne weiteres als unwahrscheinlich bezeichnet werden.

Arbeiterhäuser in Fabriken.

In der Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle (Arbeiterschutzgesetze) wurde folgender Zentrumsantrag angenommen:

Wird von einem Gewerbetreibenden dem Arbeiter eine Familienwohnung vermietet oder als Entlohnung überlassen, so ist die Kündigung nur für den Schluß des Kalendermonats zulässig.

Hierzu fand folgender Zusatzantrag der nationalliberalen Partei Annahme:

Die Verpflichtung zur Innehaltung der ortsüblichen Kündigungsfrist besteht nicht im Falle des Betruges, der Unterschlagung, des Diebstahls, der Brandstiftung und des Versuches, Fabrikgeheimnisse zu verraten oder im Falle der Verleitung zu derartigen Vergehen.

Dieser nationalliberale Antrag sieht gerade so aus, als ob die Hälfte aller Arbeiter schwere Verbrecher wären, gegen deren Ausschreitungen besondere Gesetze geschaffen werden müssen.

Harden und Dernburg.

Herr Harden hat sich wieder einmal mit einem Freunde zerzankt. Herr Dernburg, der vorläufig noch auf der Höhe der Hofgunst steht, will von dem in Ungnade gefallenen Journalisten nichts mehr wissen. Dieser rächt sich nun, indem er in gewohnter Manier einen Sack von Intimitäten über einen ehemaligen Tischgenossen ausschüttet. Er schildert Herrn Dernburg also:

„Ein Mann, dem vor zwei Jahren der Rote Adler-Orden vierter Klasse unerreichbar war und der bald danach allerlei blinkendes auf der Brust trug, der im Lenz 1906 für einen Narren oder Schwindler galt, im Herbst von Männern der Haute-Finance umdienert, im Winter als Nationalheros gefeiert wurde. Solcher Glückswechsel entschuldigt. Nur sollte der Schlaue nicht glauben, daß er von Kundigen heute anders als vor dem Aufstieg beurteilt wird. Günstiger sicher nicht; auch nicht von denen, die aufstehen, wenn er ins Zimmer tritt und ihm das Pfötchen hinstrecken. Und er sollte endlich Taten sehen lassen. Die darf man von einem fordern, der über einer Schar besser vorgebildeter tüchtiger Beamten thront, und mit unverdienten Ehrenzeichen geschmückt ist. Liberale Rednerei und Förderung des Abtragens von Kolonialshares genügt nicht. Der Bureaukratismus hat auf dem Kolonialamt nie schwerer gelastet als jetzt. Und von dem Chef geht die Rede: „Wenn er sich Mühe gibt, bringt er's schließlich vielleicht bis zur Leistung Stübels.“ . . . . Persönlichen Grund zur Klage hatte ich nicht. Zwar kannte der Staatssekretär mich nicht mehr, wie der Bankdirektor, „Meister“, gefiel sich aber, so oft wir einander sahen, in den Formen herzlichen Verkehrs, er fragte nach den Kissen seines Amtslebens meine Meinung, und bewies mir ein beinahe freundschaftliches Vertrauen. Daß er in Sachen Eulenburg und Genossen mein Handeln richtig, nützlich, patriotisch fand, wußte ich vor und nach dem ersten Prozeß. Auch, welche Lebenszeichen er selbst von den Herren der Gruppe empfangen hatte. Trotzdem war ich erstaunt, als ich hörte, er habe an einer Vergleichsberatung mitgewirkt. Mehr als er's bestritt. (Doch er wußte wohl; schlotterte, der Erwecker neuen Bürgergeistes, bei der Vorstellung, in den falschen Kahn gestiegen zu sein, und fürchtete im Beharrungsfall par ordre du Moufti die seidene Schnur zu erhalten. ?) . . . . .

„Daß Herr Dernburg (der mir noch aus dem Bankbureau seine Ernennung zum Kolonialdirektor telegraphiert hatte) sich aber je einbilden könne, er stehe über mir, hätte ich, nach mancher Belehrung durch wunderliches Erleben, doch nicht für denkbar gehalten. Er ist ein Talent; und seit sechzehn Monden ist ihm der Charakter eines Wirklichen Geheimen Rates verliehen. Er mag weiterstreben und, als fleißiger Schlaukopf, endlich nennenswertes leisten. Ich kann nur bedauern, daß ich ihm und seinesgleichen je meine Tür geöffnet habe.“

Daß Herr Dernburg nicht der Heros ist, als der er vor einem Jahre von unseren Kolonialfanatikern hingestellt wurde, ist hinlänglich bekannt. Seine einstigen Freunde, nicht bloß Herr Harden, sind jetzt seine schärfsten Gegner. Im übrigen beweist Herr Harden neuerdings, daß kein Mensch mehr seines Lebens sicher ist, der so unvorsichtig war, einmal beim Herausgeber der „Zukunft“ Kaffee zu trinken.

Er fühlt sich!

Seitdem der Rote Adlerorden vierter Klasse die freisinnige Mannesbrust schmückt, kennt der Hochmut des freisinnig-konservativen Blockpolitikers Herrn Stadtrats Otto Fischbeck keine Grenzen mehr. In der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten verblüffte er aber selbst seine engeren Parteifreunde durch seine Arroganz und Ungezogenheit gegenüber einem Mitgliede der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der der sozialfortschrittlichen Gruppe angehörende Stadtverordnete Dr. Nathan hatte Herrn Fischbeck das Lob vorgehalten, das ihm die feudale „Kreuzzeitung“ wegen seiner bekannten Rede über die Arbeitslosen, die im Winter auf dem Lande Arbeit suchen sollten, erteilt hatte. Das verschnupfte den Herrn Stadtrat offenbar, und in verächtlichem Tone erklärte er nach der Rede Dr. Nathans: er habe mit seinem Nachbar am Magistratstisch gesprochen und kein Wort verstanden von dem, was Herr Nathan gesagt. „Ich verwehre ihm nicht, eine Rede zu halten; er kann reden, was er will.“ Der Vorsteher rügte diesen ungezogenen Ton des freisinnigen Stadtrats, rief damit aber den Oberbürgermeister Kirschner auf den Plan, der das Recht der Rüge einem Magistratsmitgliede gegenüber für sich in Anspruch nahm. Der freisinnigen Mehrheit, die kurz vorher ihrem Fischbeck noch zugejubelt hatte, als er gegenüber den sozialdemokratischen Sprechern das Recht des Gummiknüppels im städtischen Obdachlosenasyl verteidigte, war der Vorfall außerordentlich unangenehm; sie wollte ihrem Liebling nicht wehe tun, sich doch aber auch von ihm nicht vor aller Öffentlichkeit ohrfeigen lassen. Herr Cassel, Fischbecks Fraktionsgenosse aus dem Dreiklassenparlament, übernahm es, den Riß nach Möglichkeit zu verkleistern und beide Teile zu rechtfertigen. Die von einem freisinnigen Blatte angedeutete Möglichkeit, als könne Herr Fischbeck nach Ablauf seiner Amtszeit nicht wieder zum Stadtrat gewählt werden, halten wir für ausgeschlossen. Vielmehr ist es leicht möglich, daß Herr Fischbeck bis dahin schon eine ganz andere Karriere gemacht hat. Für strebsame Leute seiner Art hat man an maßgebender Stelle in Preußen immer Verwendung.

Simon Copper.

Von der Expedition gegen Simon Copper wird aus Deutsch-Südwestafrika weiter amtlich gemeldet: Die Werft Simon Coppers wurde dadurch aufgefunden, daß man der Spur der Bande folgte, die am 8. März die deutsche Patrouille am Auob überfallen hatte. In dem Gefecht am 16. standen die ganzen Orlogleute Simon Coppers und Lamberts mit über 200 Mann und mehr als 100 Gewehren unserem Kameelreiterkorps gegenüber. Der Gegner verlor auch zwei Großleute, darunter den Bruder Simon Coppers. Der infolge der großen Anstrengungen und Entbehrungen sehr geschwächte Zustand der Kameele, sowie der Mangel an Wasser verboten eine weitergehende Verfolgung; auch machte sich die Nähe der englischen Grenze hindernd geltend.

Amtliches Wahlresultat.

Bei der am 19. März im ersten hannoverschen Wahlkreis veranstalteten Reichstagsersatzwahl wurden, wie jetzt amtlich richtig festgestellt ist, 22 269 Stimmen abgegeben. Es erhielten Domänenpächter Fegter (FVg.) 8422, Rechtsanwalt Gröneweld (Deutsch-sozial) 6346, Oberbürgermeister Fürbringer (NL.) 4581 und Buchdruckereibesitzer Hug (SD.) 2916 Stimmen. Zersplittert vier Stimmen.

Der blamierte Europäer.

Herr Müller-Meiningen bestreitet in der Zuschrift an die Presse, daß er das Gröberische Schimpfwort der Presse „denunziert“ habe. Nach einer Mitteilung der Tribünen-Journalisten des Reichstags stellte jedoch der Journalist, der mit Herrn Müller-Meiningen während der fraglichen Reichstagssitzung gesprochen hatte, fest, daß er erst durch Herrn Müller-Meiningen erfahren habe, daß Gröber den Ausdruck „Saubengels“ gebraucht habe. Nur habe Herr Müller die Mitteilung nicht am Anfang des Gespräches gemacht, sondern erst am Schluß, als er „auf dem Sprunge gewesen“ sei, in den Sitzungssaal zurückzukehren. Durch diesen Journalisten erhielt dessen Kollegenschaft von der Äußerung Gröbers also überhaupt erst Kenntnis! Wenn Herr Müller-Meiningen bestreitet, daß er Herrn Gröber habe denunzieren wollen, so mag die Absicht auf sich beruhen. Die Tatsache der Denunziation steht jedenfalls fest! Ebenso die Tatsache, daß es Herr Müller-Meiningen war, der die Entrüstung des Zentrums erst auf die Journalistentribüne ablenkte und dadurch Gröbers Bemerkung provozierte. Schließlich erklärte der betreffende Journalist, der das Gespräch mit Herrn Müller-Meiningen gepflogen hatte, daß er Herrn Müller in keiner Weise Ursache gegeben habe, sich, wie er das nachher tat, gewissermaßen im Auftrage der Gesamtheit der Journalisten über die Ungehörigkeit eines einzelnen von ihnen zu entrüsten.

Nicht Herr Gröber ist also bei der ganzen Affäre der blamierte Europäer, sondern Herr Müller-Meiningen!

Dänemark.

Ein lukrativer Handel mit Orden und Titeln wird in Dänemark betrieben. Die „Stiftstidender“ — Amtsblätter — von Aarhus und Aalborg brachten in der vorigen Woche die sensationelle Nachricht, daß ein „Professor“ und Kammerassessor Saabye sich reichen Leuten zur Besorgung von Titeln und Orden gegen hohe Bezahlung anbiete. Um Danebrogsritter zu werden, müsse man ihm 10 000, um Etatsrat zu werden 20 000 bis 30 000 Kronen zahlen. Der Mann hat nun in einer höchst naiv abgefaßten Erklärung zugestanden, daß er wirklich solche Geschäfte betreibt, jedoch, wie er behauptet, im Interesse einer philantropischen Gesellschaft. Er habe auch den Justizminister befragt, ob er damit einverstanden sei, wenn solchen Leuten, die sich jener Gesellschaft wohltätig erweisen wollten, Orden oder Titel in Aussicht gestellt würden. Der Minister habe aber erklärt, daß davon nicht die Rede sein könnte. Daß der Minister der Sache fern stehe, ist jedoch kaum glaublich. — Die Aufdeckung dieses Orden- und Titelschachers wird wohl dazu beitragen, daß der in dieser Session von neuem eingebrachte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Abschaffung jenes bunten Spielzeugs um so mehr Anklang im Volke findet. Der Professor- und der Assessortitel Saabyes haben übrigens mit wissenschaftlichen Qualitäten nichts zu tun; den einen hat er sich in Italien, den andern in Dänemark „erworben“. Der Mann handelt, außer mit Orden und Titeln, mit Bruchbändern, Suspensorien und anderen Artikeln der Krankenpflege, die er aus Deutschland bezieht.

Frankreich.

Die Armee und der erste Mai. Das Organ der Arbeitskonföderation „Voix du Peuple“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben des Kriegsministers an die Korpskommandanten über die am 1. Mai zu treffenden militärischen „Vorsichtsmaßregeln“. Man erfährt daraus, daß die Truppen mit allen Offizieren, die Generale mit ihrem Stabe von 6 Uhr früh an in ihren Quartieren konsigniert bleiben sollen. Die Truppen sind marschbereit zu halten, in Feldausrüstung mit zwei Paketen Patronen für den Mann in der Infanterie. Die Dragoner sollen die Lanze nicht mitführen (d. h. sie sollen nur mit dem Säbel operieren). Die Offiziere haben womöglich die Instruktion über das Requisitionsrecht der bewaffneten Macht bei sich zu führen. Die Konsignierung soll nur nach Anweisung der Zivilbehörde beendigt werden. Der Minister ist von allen wichtigen Vorkommnissen telegraphisch zu benachrichtigen.

Schweiz.

Aus Bismarcks Verlassenschaft. Aus Bern wird geschrieben: Die Erinnerung an die berüchtigte Wohlgemuthaffäre von 1889 wird wieder wach durch die Mitteilung, daß die deutsche Regierung eine Revision des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages beantragt hat. Als Grundlage für die neue Übereinkunft soll der zwischen Deutschland und den Niederlanden abgeschlossene Niederlassungsvertrag von 1904 gelten. Der deutschen Regierung sind aus der Verpflichtung der deutschen Staatsbürger, bei ihrer Niederlassung in der Schweiz ein Zeugnis über ihre Staatsangehörigkeit und ein Leumundszeugnis von der Gesandschaft beizubringen, Schwierigkeiten entstanden und namentlich die Gesandtschaft in Bern wurde bei dem regen Verkehr mit unnützer Schreibarbeit überlastet. Durch diese Zeugnisse sollte den deutschen Sozialisten der Aufenthalt in der Schweiz erschwert oder verunmöglicht werden. Bismarck hatte aus Wut über die deutsche Blamage in der Wohlgemuth-Affäre am 20. Juli 1889 den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz gekündigt, um in den neuen Vertrag die schikanöse Bestimmung hineinzubringen. Ehe es aber dazu kam, war Bismarck schon gestürzt und es hatte nun sein Nachfolger Caprivi das zweifelhafte Vergnügen, die von Bismarck eingebrockte Suppe auszuessen. Der neue Vertrag trat am 20. Juli 1890 in Kraft. Jetzt verschwindet endlich dieses Bismarcksche Erbe, ein Stück dummer und kurzsichtiger Reaktion, die die Sozialdemokratie nicht vernichten konnte, aber alle Deutschen in der Schweiz mit Einschluß der deutschen Gesandtschaft in Bern in unsinniger Weise belästigte und vielleicht einzig den schweizerischen Polizeiseelen ein Vergnügen gewährte.

Indien.

Hungersnot. Aus Calcutta wird gemeldet: Während einer Versammlung im Rathause, die sich mit der Hungersnot in Indien beschäftigte, wies der Vizekönig Lord Minto darauf hin, daß die Hungersnot in Indien in diesem Jahre einen bisher unerreichten Umfang angenommen habe. Die Zahl der Hungerleidenden betrage etwa 50 Millionen. $1\frac{1}{2}$ Millionen Personen seien bereits auf Staatsunterstützung angewiesen, um ihr Leben zu fristen. Der Schaden durch Ernteausfall wird auf 300 Millionen geschätzt. Es wurde ein Ausschuß ernannt, um Mittel und Wege aus diesem Verhängnis ausfindig zu machen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 24. März.

Zuzug von Gärtnern und Gartenarbeitern nach Lübeck ist streng fernzuhalten, da sich sämtliche Gärtnereiangestellten im Ausstande befinden. Auch für Kutscher sind die Betriebe gesperrt.

Achtung Maurer! Über sämtliche Putzarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Die Mannschaften des Fährbetriebes der Alster Schiffer, Maschinisten und Steuerleute sind ausgesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

Zuzug nach der Grevesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Die Situation der streikenden Gärtner bessert sich von Tag zu Tag. Bis jetzt haben neun Firmen bewilligt, bei denen zusammen 34 Kollegen beschäftigt sind. Wenn auch der ursprünglich aufgestellte Tarif nicht zur Anerkennung gelangte und auch ein korporativer Tarifvertrag nicht zum Abschluß gelangt ist, so sind bis jetzt doch bedeutende Lohnaufbesserungen (6—15 Prozent) erreicht worden. Und was nicht vergessen werden darf: die Organisation hat im ersten Ansturm die Feuerprobe glänzend bestanden.

Empfangnahme der Kriegsbeorderungen. Die in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wohnenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes werden aufgefordert, sich in der Zeit vom Mittwoch, den 25. bis einschließlich Sonnabend, den 28. d. Mts. während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr zur Empfangnahme der Kriegsbeorderungen für das am 1. April d. Js. beginnende neue Mobilmachungsjahr an folgenden Stellen einzufinden: Die in der inneren Stadt wohnenden Mannschaften in dem Polizei-Bureau im Kanzleigebäude, die in der Vorstadt St. Lorenz wohnenden in der Polizeiwache in der Hansastraße, die in Vorstadt St. Jürgen wohnenden in der Polizeiwache in der Ratzeburger Allee und die in der Vorstadt St. Gertrud wohnenden in der Polizeiwache auf dem Burgfelde. Maßgebend ist hierbei diejenige Wohnung, welche bei dem Bezirks-Kommando gemeldet worden ist. Die Militärpässe sind mitzubringen.

Der Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend hielt am 20 d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche leider nur mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine; Referent Redakteur Genosse Heeren-Hamburg. 2. Beschlußfassung über den Beitritt zur Unterstützungskasse. Der Referent erledigte sich seines Auftrages in sehr sachgemäßer Weise. Der Wunsch, für Alter und Invalidität versichert zu werden, ist bei den Angestellten der Konsum-Vereine 1902 aufgetreten, im Jahre 1903 ist der Verbandsvorstand beauftragt worden, Erhebungen anzustellen über Bedürfnis, Zweck und Umfang einer solchen Versicherung. Die Erhebungen führten zu dem Resultat, daß auf dem 1905 stattgefundenen Genossenschaftstag in Stettin die Gründung einer Unterstützungskasse beschlossen wurde. Die Kasse trat am 1. Januar 1906 in Kraft mit 73 angeschlossenen Vereinen und 1335 Mitgliedern; am Schlusse desselben Jahres waren bereits 84 Vereine mit 1687 Mitgliedern vorhanden. Das Vermögen der Kasse betrug am Schluß 1907 die stattliche Summe von 404 448.01 Mk. Die Leistung der Kasse beträgt nach 5jähriger Mitgliedschaft 10 Prozent des Gehalts des betr. Angestellten und steigt bis zum Höchstsatz von 60 Proz. Es würde also ein Angestellter bei 2000 Mk. Gehalt nach 5jähriger Mitgliedschaft 200 Mk. bis 1200 Mk. Rente bei Invalidität erhalten. Dieselbe Summe wird auch als Altersrente gewährt. Stirbt ein Versicherter, so erhalten die Hinterbliebenen eine Rente von 3/8 bis 6/8 der Summe, die der Versicherte erhalten hätte. Nach diesen Ausführungen beschloß die Versammlung dann auch mit großer Majorität den Beitritt zu dieser Kasse. Es ist dies ein neuer Beweis von dem Bestreben des hiesigen Konsumvereins, seine Angestellten im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit vor Not und Sorgen zu schützen, im Gegensatz zu den kapitalistischen Betrieben, deren Angestellten und Arbeiter im Alter oder bei Invalidität von den paar Mark Reichsrente ein kümmerliches Dasein fristen müssen.

Augenwohlschwindel. Man konnte dieser Tage wieder einmal eine große Reklame für das angebliche Heilmittel „Augenwohl" mit einer Abbildung des Verfertigers Haering im hiesigen „General-Anzeiger" finden, obwohl vor nicht sehr langer Zeit im lokalen Teil desselben Blattes eine Warnung vor dem „Augenwohl" enthalten war. Man ersieht daraus, daß der „Unparteiische" zwei Seelen besitzt, eine die im redaktionellen Teil zum Vorschein gelangt und eine solche, die aus den Inseraten herausleuchtet. Das Prinzip lautet: Non olet! Und die Dummen werden bekanntlich nicht alle. Auch unsere Leser dürfte nachstehende Gerichtsverhandlung interessieren: Unter der Anklage des Betruges stand der Direktor der Gesellschaft „Augenwohl", Kaufmann Arthur Haering, vor der sechsten Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Die Gesellschaft, deren Geschäftsführer der Angeklagte ist, vertreibt ein Mittel „Augenwohl", das in großen Reklamen in bürgerlichen Zeitungen als unvergleichlich kräftigend und wohltuend für schwache und überanstrengte Augen angepriesen wird. In den Reklamen werden „6000 Flaschen Augenwohl gratis" ausgeboten und die Eigenschaften des Mittels dahin kundgegeben: es stärke die Sehkraft so, daß sie so vollkommen wird, wie sie von Natur aus sein sollte; es bewahre auch in Zukunft die Augen vor Schwäche und bringe diejenigen, die es benutzen, in die Lage, ihre Augengläser wegzuwerfen. Das Mittel stehe einzig und unvergleichlich da, sei ein reelles Präparat zur Stärkung der Augennerven usw. usw. Das Polizeipräsidium sah sich seinerzeit veranlaßt, eine öffentliche Warnung gegen die marktschreierische Weise der Ankündigung des „Augenwohls" zu erlassen und mitzuteilen, daß das Präparat aus pflanzlichen Extrakten, Borsäure, Glycerin, Kochsalz, Zucker und Alkohol bestehe und etwas gefärbt und parfümiert sei. Nach sachverständiger Ansicht hat das Mittel für Stärkung der Sehnerven keine andere Wirkung als einfaches klares Wasser. Das Präparat wird in Flaschen zu 3 Mk. und 5 Mk. verkauft, der reelle Wert der Flaschen soll etwa 50 Pfg. und nach der Apothekertaxe etwa 1 Mk. betragen. Der Angeklagte wird beschuldigt, dieses Mittel, als gute Erfolge versprechend, einem armen Jungen angepriesen und verkauft zu haben, der am grünen Star litt und inzwischen völlig erblindet ist. Der sechzehnjährige Arbeitsbursche E. war von der Augenkrankheit befallen worden, die ihm mehr und mehr das Augenlicht raubte. Seine Mutter las von den Anpreisungen des „Augenwohls" in den Zeitungen und ließ zunächst eine Probeflasche kommen. Alsdann begab sich der Knabe auf das Kontor der „Augenwohl"-Gesellschaft und verhandelte mit dem Angeklagten über die voraussichtliche Heilkraft des Mittels. Der Junge soll schon bei diesem Besuch so augenleidend gewesen sein, daß er sich nur tappend in dem Verkaufslokale zurechtfinden konnte und nach Ansicht der Anklage dem Angeklagten sofort klar geworden sein mußte, daß er einen dem Erblinden nahen Patienten vor sich habe, der sofort hätte augenärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Trotzdem soll der Angeklagte dem Jungen sein Präparat bestens angepriesen und ihm anempfohlen haben, es ein Jahr lang zu gebrauchen, dann würde es gewiß geholfen haben. Der arme Junge brauchte auch hoffnungsfreudig 7 Flaschen des Wundermittels, seine Augen wurden aber immer schlechter und schließlich riet ihm der Angeklagte selbst, schleunigst einen Augenarzt aufzusuchen. Als der Patient nun zum Prof. Dr. Fröhlich kam, war er auf beiden Augen schon fast ganz erblindet. Prof. Fröhlich nahm eine Operation vor, diese hatte aber keinen Erfolg mehr, der Knabe ist vielmehr jetzt völlig des Augenlichtes beraubt. Der Sachverständige Prof. F. bezeichnete das „Augenwohl" als ein völlig indifferentes Mittel gegen Augenübel. Das Schöffengericht hatte in dem Vorgehen des Angeklagten die Kriterien des Betruges erblickt und ihn zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Der erblindete junge Zeuge bekundete, daß ihm das Mittel als erfolgreich angepriesen worden war. — Das Berufungsgericht sah keine Veranlassung, an dem ersten Urteil, welches es für sehr milde hält, etwas zu ändern. Die Berufung wurde verworfen. Wegen desselben Mittels ist der Angeklagte, wie unsere Leser sich entsinnen werden, wegen Verstoßes gegen eine recht bedenkliche sächsische Polizeiverordnung, die übermäßige Reklame unter Strafe stellt, kürzlich in Sachsen verurteilt. Wir hatten damals darauf hingewiesen, daß eine Verurteilung wegen Betruges zutreffender gewesen wäre. Ein Schadenersatzanspruch gegen die „parteilose" oder bürgerliche Zeitung, durch deren Inserat die Mutter des Erblindeten zum Kauf des Augenwohls und Verzögerung der Operation veranlaßt wurde, dürfte am Platze und nicht aussichtslos sein.

Lesen ist Kulturbedürfnis. Die machtvolle Ausbreitung der Arbeiterpresse bezeugt es. Der Ärmste liest. Er liest auch zur Unterhaltung. Die Frauen der Arbeit, die Mädchen, die reifere Jugend, sie alle wollen in ihren kargen freien Stunden Nahrung für Geist und Gemüt. Die Phantasie verlangt ihr Recht. Sie darf es und soll es. Aber sie darf nicht wahllos mit einem beliebigen Papier genährt werden. Sie soll sich nicht den Schund, soll sich nicht die Hintertreppen-Literatur anschmieren lassen, mit der bürgerliche Kolporteure in Arbeiterkreisen hausieren gehen! Die aufgeklärte Arbeiterschaft hat auch hier ein eigenes Organ: die illustrierte Romanzeitung „In Freien Stunden". Für 10 Pfennig wöchentlich bringt sie ein 24 Seiten starkes Heft mit reichhaltigem, sorgfältig ausgewähltem Inhalt. Gegenwärtig erscheint in den „Freien Stunden" der außerordentlich interessante Roman aus der großen französischen Revolution: „Das Eingang", die Geschichte eines leibeigenen Bauern, der seine Peiniger aus nächster Nähe kennen gelernt hat und den Ausbruch der gewaltigen Empörung miterlebte. Ein weltgeschichtlicher Hauch durchweht diese Erzählung, die durchglüht ist von Freiheitsliebe und Liebe zu den Unterdrückten. — Die „Freien Stunden" bringen ferner einen prächtigen Seeroman: „Steuermann Holdsworth", der besonders die weiblichen Leser durch seine Schilderung der Erlebnisse einer jungen Seemannsfrau fesseln wird. Andere Erzählungen gehen nebenher. — Besonderen Wert legen Verlag und Redaktion auf die illustrative Ausstattung der Romane. Der Münchener Maler Damberger hat eine Reihe künstlerischer Bilder zu den Hauptromanen geschaffen. Wir empfehlen allen unsern Lesern und Leserinnen, auf die Roman-Bibliothek „In Freien Stunden" zu abonnieren. Alle Parteibuchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Wo muß ich die Miete bezahlen? Das Organ des Deutschen Mieterverbandes schreibt: Die Miete ist eine Bringeschuld, d. h. der Miter ist nach dem Gesetze verpflichtet, die Miete dem Hausbesitzer zu überbringen und zwar in seine Wohnung oder sein Kontor, wenn nichts anderes vertragsmäßig festgesetzt ist. Selbstredend ist es auch gestattet, die Miete auf eigene Kosten dem Vermieter zuzusenden. Wenn es in einem Hause üblich geworden ist, daß der Mietzins abgeholt wurde, und der neue Besitzer oder er selbst wünscht, daß ihm hinfort die Miete ins Haus gebracht wird, so muß er dies den Mietern mitteilen. Unterläßt er das und klagt er ohne weiteres auf Räumung, so trifft den Mieter, der abwartete, ob die Miete nicht, wie früher regelmäßig abgeholt werden würde, keine schuldbare Säumnis. Wechselt der Hausbesitzer seinen Wohnort, so wird der neue Wohnort Zahlungsort und die Miete ist dorthin nachzusenden, doch hat der Vermieter die Kosten und Gefahr der Übermittelung zu tragen. Innerhalb der Wohnung muß die Zahlung in einem angemessenen Raume bewirkt werden, der Mieter darf also nicht verlangen, daß der Hauswirt ihm auf der Treppe oder dem Korridor quittiere, wie auch anderseits der Mieter das Geld nicht an der Saaltüre abzugeben braucht, sondern verlangen kann, daß er ins Wohnzimmer oder Kontor eintreten darf.

pb. **Diebstähle.** In der Vorstadt St. Lorenz wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags folgende Diebstähle, vermutlich durch ein und dieselben Täter ausgeführt: a. Aus dem Hause Adlerstraße 46 a 1 silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand und der Nr. 5435; an der Uhr befand sich eine kleingliedrige Nickelkette mit Kugel und Quaste, sowie ein Nickelschloß. b. Aus dem Hause Friedenstraße 43: 1 goldene Damenuhrkette mit einem goldenen herzförmigen Schieber. Die Kette war defekt und mit schwarzem Zwirn zusammengebunden, 1 Trauring gez. „W. Winkelmann", eine Doublee-Brosche (Glaube, Liebe, Hoffnung), 1 fast vollgeklebtes Rabattmarkenbuch und 43 Mk., bestehend aus zwei 20 Mk.-Stücken und Silbergeld. c. Aus dem Hause Nebenhofstraße 6 31,82 Mk. bares Geld, bestehend aus 10-, 5-, 2- und 1-Mk.-Stücken, Nickel- und Kupfergeld, 1 schwarze Damenuhr (Stahlgehäuse) und eine goldene Brosche mit einem roten rosafarbigen Stein.

pb. **Hausfriedensbruch.** Gegen einen hiesigen Arbeiter, der sich in der Zentralherberge des Hausfriedensbruchs schuldig machte, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Verschwundene Dampfpfeife.** In verflossener Nacht ist von dem Schleppdampfer „Strecknitz" im hiesigen Hafen die Dampfpfeife abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Donnerstag gelangt sorgfältig einstudiert Lortzings melodiöse Oper „Der Waffenschmied" zur Aufführung. Da diese Oper seit langem nicht mehr gehört worden ist, dürfte diese Neueinstudierung freudig begrüßt werden. Freitag wird zum letzten Male in dieser Spielzeit „Die lustige Witwe" wiederholt. Sonnabend geht als volkstümliche Vorstellung das L'Arrongesche vieraktige Lustspiel „Wohltätige Frauen" in Szene.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgend Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.
   Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
5) Gewerbe-Anmeldeschein.
6) Innungsmitgliedsschein.
   Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährige Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Ratzeburg. Das entsetzliche Unglück, das sich hier am Sonntag abend auf dem großen Ratzeburger See ereignete, hat die allgemeinste Teilnahme hervorgerufen. Der schöne Frühlingstag hatte viele Bewohner nach der Bäk, dem Ausflugslokal, geführt, und abends wollte man die Rückfahrt mit dem Motorboot nach Ratzeburg antreten. Mehrmals hatte das Boot schon die Tour gemacht und um 9½ Uhr stieß es abermals ab. Es war mit 13 Personen besetzt. Weitere wollten noch einsteigen, sie mußten aber zurückbleiben, weil das Boot schon überfüllt war. Der See war vollkommen ruhig, niemand ahnte Gefahr. Etwa 100 Meter vom Ufer legte sich das Boot plötzlich auf die Seite und sank. Rufe des Entsetzens hallten ans Ufer, die von den Zurückgebliebenen vernommen wurden, ohne daß sie Hilfe bringen konnten. Der alte Fährmann Warncke löste ein Boot und fuhr hinaus. Ihm gelang es, drei Leute zu retten, zwei andere vermochten aus eigener Kraft das Ufer zu erreichen. Die übrigen acht waren schon ertrunken. Seit Montag morgen fischt man nach den Leichen — eine dichte Menschenmenge hielt den ganzen Tag über das Ufer besetzt. Angehörige der Ertrunkenen weinten und jammerten. Kurz vor 12 Uhr mittags wurde die erste Leiche geborgen; man erkannte in ihr den Tischlerlehrling Flöger. Die Leiche wurde ans Ufer gebracht und mittelst Leichenkorbes nach der Leichenhalle geschafft. Es steht fest, daß folgende 8 Personen ertrunken sind: Tischlerlehrling Walter Böttcher aus Campow, Tischlerlehrling H. Flöger aus Kübsen, Gymnasialschuldiener Walter Berndt, Oberjäger Lebzin von der vierten und Jäger Lehrmann von der zweiten Kompagnie des Jägerbataillons, Dienstmädchen Auguste Rittmann aus Remnitz, die in Ratzeburg in Dienst stand, der Motorbootführer Kock und ein Unbekannter, von dem behauptet wird, daß er bei dem Wassermüller Quandt in Diensten stehe. Montag nachmittag traf ein Taucher aus Lübeck hier ein und bot seine Dienste zur Auffindung der Leichen an.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 23. März. Heute früh schoß der Arbeiter Teichert, Reichenbergerstraße, auf seine Frau und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Der Mann war sofort tot, die Frau ist schwer verletzt. — Auf einen praktischen Arzt in der Gralman-Straße versuchte heute in der Sprechstunde ein anscheinend geistesgestörter junger Mann mehrere Revolverschüsse abzugeben. Der Arzt erlitt eine leichte Streifverletzung. Der Attentäter wurde in das Krankenhaus geschafft.

Guben, 23. März. Der 19jährige Baugewerbeschüler Kranig hat sich erschossen, weil er nicht versetzt worden war.

Beuthen, 23. März. Einen gefährlichen Fund machte ein Maurer in Koblau. Er entdeckte beim Einreißen eines alten Hauses einen schweren, harten Gegenstand; als er diesen näher untersuchte, erfolgte eine furchtbare Explosion. Der Maurer wurde zerrissen; ein zweiter Arbeiter, der in der Nähe auf einer Leiter stand, erlitt Verletzungen. Der gefundene Gegenstand war Dynamit.

Unna, 23. März. Die Frau des Bahnassistenten Müller hat ihre beiden, sechs und drei Jahre alten Kinder und dann sich selbst ertränkt. Die Frau war geistesgestört.

Essen, 23. März. Gestern verhaftete die Polizei zwei Raubmörder, zwei zwanzigjährige Arbeiter, die im Jahre 1906 bei Bottrop dem 18jährigen Arbeiter Puck die Kehle durchschnitten und ihn dann beraubt haben. Beide sind geständig.

Ensingen bei Beutlingen, 22. März. Heute nachmittag stürzte ein neunzehnjähriger junger Mann aus Beutlingen, namens Schmied, der sich mit einem Freund am Olgafelsen im Klettern übte, infolge Losgehens der Steine in die Tiefe und blieb mit zerschmettertem Schädel liegen.

Passau, 23. März. Wie dem Kurier für Niederbayern aus Bruckbergerau gemeldet wird, drang am Sonnabend nachmittag ein unbekannter Mann in die Behausung des Gastlers Wimmer ein, ermordete dessen Ehefrau und das 1½ Jahre alte Töchterlein und raubte sämtliche Kasten aus.

Haag, 23. März. Nach einer amtlichen Meldung aus Niederländisch-Indien nahmen die niederländischen Truppen Kampong und Sepagara auf der Insel Sömbawa. Auf niederländischer Seite wurden 6 Soldaten verwundet. Der Feind hatte 18 Tote.

Tokio, 23. März. Bei einem Zusammenstoß in der Nähe von Hakodate ist heute früh der Dampfer „Matsu-Maru" gesunken. Der Kapitän, 43 Mann Besatzung und die meisten der 244 Passagiere sind umgekommen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

V. G. St.

Mittwoch abend 8½ Uhr.

Wir wünschen unserm Freunde **Gustav Hardt** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch dat de ganze Steinraderweg wackelt. Op he sick woll wat mark. lett.

Unserm Freunde **Theodor Käselau** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch. Op he sick woll wat marken lett.

Danksagung.

Für die so wohltuende herzliche Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen allen Verwandten und Bekannten innigen Dank.

Th. Pattosien und Frau, geb. Tollgreve.
W. Pehrson und Frau, geb. Pattosien.

Gesucht ein tüchtiger Malergehilfe

A. Zacke, Brüderstraße 4a.

Zum 1. Juli von drei Personen eine Dreizimmerwohnung im Preise bis 270 Mk., am liebsten parterre, gesucht. Angebote unter **D C** an die Expedition d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung vorm Hüxtertor von kinderl. Eheleuten im Preise von ca. 200 Mk. Offerten unter **S B 6** an die Expedition d. Bl.

Zu vermieten möbl. Zimmer mit voll. Pension, 11, 12 u. 13 Mk. pr. Woche Mühlenstr. 34, II. links, Eingang Kapittelstr. 1.

Durch Zufall zum 1. April eine Zweistubenwohnung zu vermieten.
Näheres Lützowstraße 7, I.

Ein runder Tisch zu verk.
Arndtstraße 9b, im Flügel.

Eine Kinder-Trallenbettstelle zu verkaufen. Preis 7 Mk.
Ludwigstraße 40, parterre.

1 Sportwagen billig zu verk.
Marlistraße 88, II.

1 zweisitzigen Sportwagen billig zu verkaufen. Lützowstraße 18, part.

Ein guterhaltener Kinderwagen sehr billig zu verkaufen. **P. Grünwalott.**
Schwartau, Eutinerstraße 25, I.

3 Fenster mit Glas, gr. 165×125 z. Mistbeeten, zu verkaufen. Preis 12 Mk.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Eine fast neue Zither und zwei weiße Kaninchen zu verkaufen.
Buddenstraße 8.

Schwarzer Gehrock u. Weste zu verkaufen. Hartengrube 38, III.

Verschiedene Sorten Pflanzkartoffeln zu verkaufen. Heinrichstraße 5.

Bruteier weiße Italiener, I. u. II. Preise prämi., fleiß. u. große Eierleger, à 30 Pfg. **W. Priess,** Sutenstr. 8, pt.

Zum Juli **2 Gasthäuser** zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. ✻ ✻ ✻ ✻ ✻ ✻ ✻ ✻ **Billigste Preise.**

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Redigiert von **Klara Zetkin.**

Mit den Beilagen: **Für unsere Mütter und Hausfrauen. Für unsere Kinder.**

Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfg oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

Als Schneiderin empfiehlt sich
Fr. M. Binner, Königstr. 117, II.

Leute ohne Kinder suchen Kind in Kost und Pflege. Offerten unter **R 13** an die Exp. d. Bl.

Hundesteuermarke für 1908 gefunden. Abzuholen bei **Wendt,** Chaisotstraße 24, I.

Feine Wäsche wird geplättet Hartengrube 13/4.

Verloren am Montag von der Nebenhofstraße bis zur Marlesgrube 10 Mk. Abzugeben Marlesgrube 20.

Schöner fastiger

Schweizerkäse

Pfund 70 Pfg.

Holländer Rahm Pfd. **80** Pfg. u. **1** Mk., **Tilsiter** zu **40** Pfg. in 3 verschied. Sorten, **60** u. **80** Pfg. Schnitt in besonders guter Qualität, **Limburger 50** Pfg., **Holsteiner 25** Pfg. — Meine **Margarine-Sorten** zu **60, 70, 80, 90** Pfg. pro Pfd. haben in kurzer Zeit die beste Aufnahme gefunden, weil ich nur

feinste Spezialmarken

erstklassiger Fabriken führe.

Pedder J. Behm

Beckergrube 33, Ecke Fünfhausen.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Pfandhaus
A. Frankenthal
Lederstraße 1, I.

Achtung Dachdecker!

Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 25. März
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50–52.

Referent: Parteisekretär Weyers.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Einberufer.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. Fischergr. 52.

Haararbeiten

auch von ausgekämmten Haaren werden gut und billig ausgeführt.
Ewald Rieckermann, Damen-Friseur
Kupferschmiedestraße 10.

Tapezierer!

Wichtige Versammlung

am Mittwoch, den 25. März

Tages-Ordnung:
1. Der Verlauf unserer Lohnbewegung und die fernere Taktik.
2. Aenderung des Hauskassiererfystems usw.

Erscheinen dringend erforderlich.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 25. März
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung der Maifeier.
2. Wahl eines Bezirksvertrauensmannes
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch der Versammlung sieht entgegen

Die Ortsverwaltung.

Schmiedestr. 20. Schmiedestr. 20

Tonhalle.

Programm für diese Woche:

Wunderbares Album.

Trunksucht und Vaterliebe.
Die Tochter des Reeders.
Der verhexte Kutscher.
Sklavenhass.
Weihnachtsbescherung.

Die Jugendblume.

Die angeheiterte Statue.
Eine Unbesonnenheit.
Pierrots Eifersucht.
Der Mann mit dem Kalbskopf.

Das Tauberhaus

(bunt).

Der Frosch

(bunt).

Ein grausamer Scherz.
Nächtlicher Einbruch.

Die Verführerin.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
- Plakaten
- Broschüren
- Flugblättern
- Statuten
- Mitgliedskarten
- Eintrittskarten
- Programmen
- Festliedern.

Herstellung sämtlicher ▪ Buchdruckarbeiten ▪ in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
- Briefbogen
- Kouverts
- Rechnungen
- Quittungen
- Mitteilungen
- Adresskarten
- Zirkularen
- Visitenkarten.

Hansa-Theater

Letzter Spielplan 07/08

Harry Lamore.

Angèle Lescaut.

Litke Karlsen.
Terzett Philomèle
und die nur für diese Woche engagierten Künstler.

Vorverkauf bei **Sager** bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Mittwoch: **Keine Vorstellung.**
Donnerstag, 26. März. 7½ Uhr:
Der Waffenschmied
Kom. Oper in 3 Akten von Lortzing.
Freitag: Zum letzten Male:
Die lustige Witwe.
Sonnabend:
Wohltätige Frauen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 71. Dienstag, den 24. März 1908. 15. Jahrg.

Amtliche Streikstatistik in Deutschland und im Auslande.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat schon mehrfach nachgewiesen, daß in der vom Kaiserlich Statistischen Amt bearbeiteten deutschen Streikstatistik jährlich mehrere hundert Streiks fehlen. Anspruch auf Vollständigkeit kann daher die offizielle deutsche Streikstatistik nicht erheben. Anläßlich der Debatte über den Etatstitel „Statistisches Amt" hat der Abg. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem neuen Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die zunehmende Unzuverlässigkeit der amtlichen Streikstatistik vorgehalten und erklärt, wenn der vom Statistischen Amt herausgegebene Fragebogen dahin abgeändert würde, daß er lediglich zur Aufnahme einer Streik- und nicht nebenbei noch der Kriminalstatistik diene, so würden die Gewerkschaften auch bezüglich der Streikstatistik dem Amt behilflich sein können.

Die Antwort des Staatssekretärs atmete den Polizeigeist, dem sich anscheinend kein preußisch-deutscher Minister entziehen kann, selbst wenn er so vorurteilsfrei ist, wie Posadowskys Nachfolger von sich behauptet. Bethmann-Hollweg erkannte unumwunden die großen Mängel unserer amtlichen Streikstatistik und die hohe Bedeutung gerade dieser Erhebung an. Aber er blieb, wie sein Vorgänger, dabei, es müßten in dem Fragebogen auch die Fragen nach Kontraktbruch, Belästigung von Arbeitswilligen u. dergl. gestellt, kurzum polizei-kriminalistische Recherchen unternommen werden.

In Wirklichkeit haben solche Fragen mit einer Streikstatistik nichts zu tun. Diese soll nur die Zahl und Dauer, den Umfang, die Ursachen und den Ausgang der Streiks, ihre Verteilung auf die Erwerbszweige und Landesteile erfassen. Es kennzeichnet recht gut die Art der deutschen Sozialstatistik, daß selbst in sozialpolitisch weit hinter uns zurückgebliebenen Ländern die offizielle Streikstatistik vorurteilsfreier erhoben wird, als bei uns. In Deutschland macht man es noch immer durch die Art der Fragestellung den Arbeiterorganisationen leider unmöglich, der offiziellen Streikstatistik Unterlagen zu liefern: diese Ermittelungen werden bei uns von — den Polizeibehörden angestellt. Selbst in Spanien bedient sich das offizielle „Institut der sozialen Reformen" zwecks Aufstellung der Streikstatistik in erster Linie der Provinzial- und Ortsjuntas. Das sind die durch das Gesetz vom 13. März 1900 vorgesehenen sozialen Ausschüsse, zusammengesetzt aus Arbeiter- und Unternehmervertretern, ergänzt durch Vertreter der Geistlichkeit und der Zivilverwaltung. Die von den Juntas auf Verlangen des „Instituts" ausgefüllten Fragebogen sind vor ihrer Absendung den Arbeiter- und den Unternehmerdelegierten zur event. Korrektur oder Ergänzung vorzulegen, damit etwaige Unrichtigkeiten ausgeglichen werden. Es wird zwar auch gefragt nach den „freiwillig oder gezwungen Streikenden", indessen ist den Arbeitervertretern Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen.

Früher hat auch die „Generaldirektion für Statistik" in Italien sich vorzüglich der Polizeibehörden für die streikstatistischen Erhebungen bedient. Das von den Sozialisten geforderte, auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1902 errichtete „Arbeitsamt" ist den besseren Weg gegangen. Es wendet sich direkt an die beteiligten Kreise. Arbeiter und Unternehmer, bezw. deren Organisationen, erhalten die streikstatistischen Bogen, die keine kriminalistischen Fragen enthalten, zur Ausfüllung. Erst wenn diese direkte Befragung kein Material liefert, oder nebenher, werden die betreffenden Gemeindevorstände, bei Grubenstreiks die Aufsichtsbeamten befragt.

Das niederländische „Zentralbureau für Statistik" wendet sich gemäß den Verordnungen von 1906 an die Arbeitskammern um Angabe der Adressen der an dem betreffenden Streik beteiligten Arbeiter- und Unternehmerverbände oder der Arbeiterführer. Der Arbeitskammersekretär ist gesetzlich verpflichtet, die Adressen zu ermitteln und dem „Zentralbureau" anzugeben. Dieses wendet sich direkt an die Streikbeteiligten, erfragt aber keine kriminalistischen „Nebenumstände" und wird deshalb fast immer von den Arbeitern unterstützt. Wenn eben möglich, sucht das „Zentralbureau" ohne Hilfe der Polizeibehörden auszukommen.

In den skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen, Dänemark) ist man auch nicht der Meinung, eine offizielle Streikstatistik müsse „nebenbei" polizeilichen Recherchen dienstbar gemacht werden. Das schwedische arbeitsstatistische Amt wendet sich direkt an die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Differieren die erhaltenen Auskünfte, so sucht sich das Amt durch unmittelbaren Schriftwechsel oder durch seine Ortsvertreter aufzuklären. Außerdem wird die Fachpresse als Auskunftsmittel benutzt. Das norwegische statistische „Zentralbureau" entnimmt sein streikstatistisches Material den Berichten der Arbeiterfachvereine, den Arbeitsmarktberichten und den Unternehmerzeitschriften. Im „Statistischen Bureau" für Dänemark verschafft man sich durch unmittelbare Befragung der beteiligten Zentralverbände der Arbeiter und Unternehmer das Grundmaterial für die Streikstatistik; erst nach Versagung dieser Quellen wendet man sich event. an andere Auskunftspersonen.

Ähnlich organisiert sind die bekannteren streikstatistischen Aufnahmen in England, Frankreich, Belgien und Österreich, wo sich die arbeitsstatistischen Ämter unmittelbar mit Fragebogen an die Berufsorganisationen wenden bezw. durch eigens angestellte Korrespondenten das Urmaterial sammeln lassen oder die Gewerkvereinsberichte benutzen.

Zu polizeilich-kriminalistischen Zwecken wird die offizielle Streikstatistik mißbraucht in — Ungarn und Rußland! Auf diese trübselige Gemeinschaft kann sich das „Land der Sozialreform" wirklich nichts einbilden. In Ungarn sind die unteren Polizei- und gewerblichen Aufsichtsbehörden von amtswegen verpflichtet worden, den Gewerbeinspektoren von allen Arbeitsstreitigkeiten Nachricht zu geben, einen von der Gewerbeinspektion ausgegebenen Fragebogen auszufüllen, der dann an die „Abteilung für Gewerbeförderung" im Handelsministerium gelangt. Die dort bearbeitete Statistik erfaßt auch die „Einschüchterung Arbeitswilliger"; in welchem Betracht, dafür bürgen die berichterstattenden Polizeibehörden.

Die russischen Fabrikinspektoren haben die Anweisung, über jeden in ihrem Inspektionsbezirke befindlichen und der Inspektion unterstellten Betriebe eine Zählkarte auszufüllen. Das so gewonnene, naturgemäß sehr mangelhafte Material wird in der „Industrieabteilung" des Gewerbeministeriums verarbeitet, wobei dem „Terrorismus gegen Arbeitswillige", den „Kontraktbrüchigen" ebenfalls nachgegangen wird, wie in Deutschland.

Die Ansicht, eine Streikstatistik müsse auch zur Sammlung von polizei-kriminalistischen Daten benutzt werden, teilt demnach Herr von Bethmann-Hollweg mit seinen Fachkollegen in Spanien, Ungarn und Rußland. Es ist gewiß kein Zufall, daß in diesen drei Ländern die breite Masse des gewerbstätigen Volkes keinen faktischen Einfluß auf die Regierung des Landes hat. In dieser Hinsicht gesellt sich der preußische Staat würdevoll zu ihnen. Da bekanntlich die reichsdeutsche Sozialpolitik bestimmend von dem preußischen „Vorstaat" beeinflußt wird, so ist hinreichend erklärt, warum zum Schaden der Statistik gerade in Preußen-Deutschland wie in Spanien, Ungarn und Rußland mit den offiziellen streikstatistischen Erhebungen solche Ermittelungen verkoppelt sind, die den Gewerkschaftsfeinden Waffen liefern sollen.

Solange hierin kein Wandel geschaffen wird, kann man den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie sich weigern, mitzuhelfen an der „Materialsammlung" für ein von den zentralindustriellen Scharfmachern gewünschtes Erdrosselungsgesetz gegen die Gewerkschaften. Solange bleibt die amtliche deutsche Streikstatistik aber auch in beklagenswerter Weise so unvollständig und unzuverlässig wie bisher.

Soziales und Parteileben.

Die Tarifverhandlungen des Holzarbeiter-Verbandes mit dem Arbeitgeberschutzverbande finden nunmehr am 24. März und folgende Tage in Leipzig statt. Ein Schiedsgericht, welches sich unter dem Vorsitz des früheren Handelsministers von Berlepsch aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter aus den Städten Dresden, Görlitz, Leipzig, Kiel und Mainz zusammengesetzt, soll über die strittigen Fragen endgültig entscheiden. Die Städte, die dabei in Betracht kommen und denen der Tarif gekündigt wurde, sind: Elberfeld, Magdeburg, Wiesbaden, Potsdam, Hamburg, Kassel, Neumünster, Elbing, Herford, Straßburg, Liegnitz, München, Stralsund, Jena, Forst, Chemnitz, Breslau, Posen, Zoppot, Starnberg, Luckenwalde, Darmstadt, Frankfurt a. M., Metz, Eisenach, Detmold und Osnabrück. In Magdeburg sind die Verhandlungen bisher resultatlos verlaufen. Außer einigen geringen Zugeständnissen nebensächlicher Art wurde über den wichtigsten Punkt, Stundenlohnerhöhung, keine Verständigung erzielt. Die Arbeitgeber wollten nur für das zweite Vertragsjahr 1½ Pfg. und für das dritte 1 Pfg. Zulage pro Stunde bewilligen. Alle Hinweise der Arbeitnehmervertreter, daß in anderen Städten, z. B. wie Spandau, ein Durchschnittslohn pro Stunde von 52 bis 54 Pfg. bei einer 54- bezw. 53stündigen Arbeitszeit gezahlt werde, in Kiel sogar 56 Pfg. und vom 1. April ab 58 Pfg., konnten die Arbeitgeber zu keinem weiteren Entgegenkommen bewegen. Diese erklärten sogar: „Mehr wird nicht bewilligt, wir fürchten uns nicht vor einem zweiten Kampfe!" Über die Verkürzung der Arbeitszeit konnte nicht verhandelt werden, weil hierüber die Klassifizierungskommission zu entscheiden hat. Da also eine weitere Lohnzulage nicht zu erreichen war, lehnten die Arbeitervertreter eine weitere Verhandlung ab.

Die Verhältniswahl für das Gewerbegericht der Stadt Leipzig einzuführen hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen. Er hat diesen Beschluß damit begründet, daß zwar nach den bisherigen Erfahrungen die auf Grund des jetzigen Wahlverfahrens gewählten Gewerbegerichtsbeisitzer jederzeit pflichtgetreu zu einer objektiven Rechtsprechung beigetragen haben, daß aber die Forderung der Minoritätsgruppen der Arbeitnehmer, auch ihrerseits einige Vertreter aus ihrem Kreise als Beisitzer in das Gewerbegericht zu entsenden, durchaus berechtigt erscheine. Des Pudels Kern ist auch hier, daß man mit dem Proporz der Sozialdemokratie Abbruch tun will. Lediglich aus diesem Grunde will man ihn einführen. Wenn es sich um das Dreiklassenwahlsystem zu der Stadtverordnetenversammlung handelt, schwärmen Leipzigs Stadtväter nicht für die Verhältniswahl. Sie handeln hier allerdings als kapitalistische Interessenvertretung ganz konsequent, denn bei der Stadtverordnetenwahl handelt es sich um die Unterdrückung von Majoritäten, die durch das Dreiklassenwahlrecht herbeigeführt wird, nicht um Minoritäten, wie bei der Gewerbegerichtswahl . . . .

Von der Schiffahrt auf der oberen Elbe berichtet die „Sächs. Arb.-Ztg.": Während sonst in dieser Jahreszeit sich

---

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(15. Fortsetzung.)

Orso las diesen Brief drei- bis viermal, und so oft er ihn las, begleitete er innerlich jede einzelne Zeile desselben mit tausend verschiedenen Deutungen. Schließlich ergriff er die Feder und schrieb eine lange Antwort, welche er Saveria übergab, um sie an einen Mann im Dorfe zu befördern, der noch in der Nacht nach Ajaccio aufbrechen wollte. Er dachte kaum mehr daran mit seiner Schwester über den Verdacht gegen die Barricini noch viel hin und her zu reden. Miß Lydias Brief ließ ihm alles in rosigem Lichte erscheinen; jeder Gedanke an Haß und Argwohn war aus seiner Seele verschwunden. Nachdem er eine Weile gewartet hatte, daß seine Schwester herunterkommen würde, und sie noch immer nicht erschien, ging er zu Bette. Es war ihm so leicht ums Herz, wie es seit langer Zeit nicht mehr gewesen war. Colomba verbrachte den größten Teil der Nacht, nachdem sie Chilina mit heimlichen Aufträgen entlassen hatte, mit dem Durchsuchen alter Schriftstücke. Etwas vor Tagesanbruch wurde mit Steinchen gegen die Scheiben ihres Fensters geworfen; auf dieses Zeichen stieg sie in den Garten hinunter, öffnete eine verborgene Tür und ließ zwei Männer von sehr verdächtigem Aussehen herein, die sie mit in das Haus nahm. Ihre erste Sorge war, sie in die Küche zu führen, um ihnen zu Essen geben zu lassen. Wer diese Männer waren, wird der Leser sogleich erfahren.

15.

Gegen sechs Uhr morgens erschien ein Diener des Präfekten und klopfte an die Haustür. Als Colomba ihm öffnete, meldete er, daß der Präfekt im Begriff sei abzureisen, und ihren Bruder erwarte. Colomba antwortete, ohne sich einen Augenblick zu besinnen, daß ihr Bruder auf der Treppe gestolpert sei und sich den Fuß verrenkt habe; er sei daher außerstande einen Schritt zu gehen und lasse den Herrn Präfekten bitten, ihn zu entschuldigen, daß es ihn aber sehr verbinden würde, wenn der Herr Präfekt die Güte haben wolle sich zu ihm zu bemühen. Gleich nach dieser Botschaft kam Orso herunter und fragte seine Schwester, ob der Präfekt nicht nach ihm geschickt habe. „Er läßt dich bitten, ihn hier zu erwarten", sagte sie mit der größten Unbefangenheit. Eine halbe Stunde nach diesen Vorgängen war am Hause der Barricini noch nicht das geringste Lebenszeichen zu bemerken. Orso erkundigte sich unterdessen bei Colomba, ob sie unter den Papieren irgend etwas von Belang gefunden habe; sie antwortete, daß sie sich in Gegenwart des Präfekten darüber erklären würde. Sie bemühte sich eine große Ruhe zur Schau zu tragen, aber ihre Gesichtsfarbe und ihre Augen verrieten eine fieberhafte Aufregung.

Endlich wurde die Tür am Hause der Barricini geöffnet, und der Präfekt in Reisekleidern trat daraus hervor; der Maire und seine beiden Söhne folgten ihm. Die Bewohner von Pietranera waren schon seit Sonnenaufgang auf den Beinen, um ja nicht das Schauspiel zu versäumen, den ersten Beamten des Departements wieder abreisen zu sehen. Sie gerieten in starres Erstaunen, als sie ihn jetzt in Begleitung der drei Barricini quer über den Platz herüber gerades Weges auf das Haus der della Rebbia zuschreiten und darin eintreten sahen. Sie schließen Frieden!" riefen die Politiker des Dorfes.

„Ich habs euch ja gesagt," ließ sich ein Greis vernehmen; „Orso Antonio hat schon zu lange auf dem Kontinent gelebt, als daß er seine Angelegenheiten noch wie ein Mann betreiben würde, der Herz im Leibe hat."

„Aber seht nur", erwiderte darauf ein Rebbianer, „es sind ja die Barricini, die zuerst zu ihm kommen. Sie werden ihm Abbitte tun."

„Der Präfekt führt sie alle am Schnürchen", entgegnete der Greis; „heutzutage hat keiner mehr den rechten Mut, und die jungen Leute kümmern sich um das Blut ihrer Väter nicht mehr, als wenn sie alle Bastarde wären."

Der Präfekt war nicht wenig erstaunt, Orso aufrecht stehend und ohne Mühe umher gehen zu sehen. Colomba gestand mit einigen Worten ihre Lüge ein und bat sie zu entschuldigen. „Hätten Sie anderswo gewohnt, Herr Präfekt", sagte sie, „dann würde mein Bruder Ihnen gleich gestern seine Aufwartung gemacht haben."

Orso überbot sich in Entschuldigungen und versicherte, daß er an dieser lächerlichen List, die für ihn selbst höchst beschämend sei, durchaus keinen Anteil habe. Der Präfekt und der alte Barricini schienen an die Aufrichtigkeit seiner Beteuerungen zu glauben; seine Verwirrung und die Vorwürfe, welche er an seine Schwester richtete, sprachen zu deutlich dafür. Die Söhne des Maires dagegen zeigten sich wenig befriedigt damit. „Man hat uns zum besten," sagte Orlanduccio laut genug, um gehört zu werden. — „Wenn meine Schwester mir solche Streiche spielte, wüßte ich wohl, daß ich ihr die Lust dazu schon bald vertreiben wollte."

Diese Worte und besonders der Ton, mit dem sie gesprochen wurden, berührten Orso in unangenehmer Weise, und trugen wesentlich dazu bei, ihn in seinen guten Absichten herabzustimmen.

Es kam zwischen ihm und den jungen Barricini zu einem Austausch von Blicken, die nichts weniger als Wohlwollen verrieten.

Unterdessen hatten die Anwesenden sich alle gesetzt, bis auf Colomba, welche in der Nähe der zur Küche führenden Tür stehen blieb. Der Präfekt nahm das Wort, und nach einigen über die Vorurteile des Landes geäußerten Gemeinplätzen, erinnerte er daran, daß manche der tief wurzelndsten Feindschaften oft nur durch ein Mißverständnis hervorgerufen seien. Darauf wandte er sich an den Maire mit der Erklärung, daß Signor della Rebbia nie daran geglaubt habe, die Familie Barricini sei in irgend einer direkten oder indirekten Weise an dem beklagenswerten Ereignis, das ihn seines Vaters beraubt habe, beteiligt gewesen; daß er allerdings in bezug auf einen besonderen Zwischenfall, während des von beiden Familien gegen einander geführten Prozesses, Zweifel gehegt habe; daß diese aber ihre Entschuldigung fänden in Signor Orso's langer Abwesenheit, und in der Art der Darstellung, wie ihm die Vorgänge von hier aus berichtet seien. Die jüngst gegebenen Enthüllungen aber ließen ihn alles in einem anderen Lichte erblicken, und vollkommen zufriedengestellt, habe er nun den Wunsch, mit Herrn Barricini und seinen Söhnen in freundschaftliche und nachbarliche Beziehungen zu treten.

Orso machte eine gezwungene Verbeugung. Herr Barricini stotterte einige unverständliche Worte; seine Söhne richteten ihre Blicke auf einen Balken des Plafonds. Der Präfekt war schon im Begriff an Orso das Seitenstück zu der Rede zu liefern, welche er eben dem Maire gehalten hatte, da trat Colomba, unter ihrem Halstuch einige Papiere hervorziehend, ernst und gemessen mitten zwischen die beiden unterhandelnden Parteien.

„Es würde mir eine große Freude sein," sagte sie, „die Feindseligkeit zwischen unseren Familien beendet zu sehen, aber wenn die Versöhnung eine aufrichtige und dauernde

schon ein reger Schiffsverkehr entwickelt, liegen in diesem Jahre noch Hunderte und aber Hunderte von Fahrzeugen leer in den Häfen und auf den Strömen. Die Schiffsmannschaften befinden sich noch in ihrer Heimat und warten auf die Inbetriebsetzung der Schiffe. In letzter Zeit hat nun die Vereinigte Elbe-Schiffahrts-Gesellschaft annähernd 100 Bootsleuten gekündigt. Zu dieser plötzlichen Entlassung oder Kündigung nahm am Montag abend eine Betriebsversammlung aller bei obengenannter Gesellschaft bediensteten Schiffsmannschaften Stellung. Die Entlassung und besonders das Vorgehen des Oberinspektors Dorn wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde bekannt, daß der Herr ohne näheres Wissen der Direktion die Auslösung verweigert habe. Erst nachdem die Vertreter der Organisation bei der Direktion vorstellig geworden waren, wurde diese ausgezahlt. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Gesellschaft immer am verkehrten Ende zu sparen anfange. Man hätte statt unten lieber oben sparen sollen, Arbeit sei genug vorhanden; man wolle nur die Auslösung nicht zahlen, da man jetzt nach der Beorderung der Steuerleute weit billigere Arbeitskräfte habe. Dieselben bekämen jetzt 105 Mk. Wintergehalt und hätten sich verpflichtet, auch ohne Auslösung zu arbeiten. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Entlassung der Schiffsmannschaften, da Arbeit noch in genügendem Maße vorhanden ist und die Gesellschaft bei Zahlung von 8 Prozent Dividende den Lohn nebst Auslösung zu zahlen imstande wäre. Sie verurteilt ferner das Arbeiten der einberufenen Steuerleute für minderen Lohn als den des Bootsmannes (d. h. mit Auslösung.) Das ist als ein Bruch des Tarifs anzusehen. Es ist daher Pflicht eines jeden Bootsmannes, das Verlorene zur gegebenen Zeit mit Prozenten wieder herauszuholen."

Die Verschmelzung mit dem Maurerverbande haben in einer vom 23. Februar bis 8. März vorgenommenen Urabstimmung die Dachdecker abgelehnt. Von 6671 Mitgliedern gaben nur 2811, gleich 42 Proz., ihr Votum ab. Davon stimmten für den Anschluß 1297, gegen denselben 1497 Mitglieder. Nachdem auch die Stukkateure vor kurzem die Verschmelzung abgelehnt haben, dürfte auf längere Zeit die Verschmelzungsfrage im Baugewerbe erledigt sein. Leider!

Zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Die auf den 23. März anberaumte Fortsetzung der Verhandlungen in Essen ist aufgehoben worden. Wahrscheinlich wollen die rheinisch-westfälischen Unternehmerverbände erst weitere Beschlüsse ihres Bundesvorstandes in Berlin abwarten. — Die „Soziale Praxis" macht in ihrer neuesten Nummer (vom 19. März) den Vorschlag, die Führer der beiderseitigen Zentralverbände (Arbeiter und Unternehmer) möchten unter der Vermittlung einer angesehenen, neutralen und sachkundigen Persönlichkeit, die das Vertrauen der Arbeiter und der Unternehmer genießt, zu Verhandlungen zusammentreten. Soweit wir unterrichtet sind, werden sich die Arbeiterverbände nicht abgeneigt zeigen, an einer solchen Verhandlung teilzunehmen, wobei es sich aber nur um die Feststellung und eventuell um die Beseitigung prinzipieller Gegensätze handeln kann. Der materielle Inhalt der Tarifverträge für die verschiedenen Städte und Bezirke muß nach wie vor an Ort und Stelle festgesetzt werden. Für einen Reichsvertrag im Baugewerbe ist die Zeit noch nicht gekommen.

Das sächsische Volk im Kampfe um das Wahlrecht. Neun große Volksversammlungen fanden Freitag abend in Dresden und Umgebung statt, um Stellung zu nehmen gegen eine abermalige Entrechtung und eine Verschleppungspolitik, wie sie von der Wahlrechtsdeputation der zweiten Kammer des sächsischen Landtages betrieben wird. Alle Versammlungen waren überfüllt und nahmen einen würdigen Verlauf. Die Referenten sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß es das sächsische Volk satt habe, sich fernerhin am Narrenseile herumführen zu lassen. Noch nie sei wohl eine derartige Komödie gespielt worden als von der Wahlrechtsdeputation des sächsischen Landtages. Es sei nun klar, daß von den Versprechungen, wonach ein freiheitliches Wahlrecht geschaffen werden sollte, auch nicht ein Schimmer in Erfüllung gegangen sei und auch nicht gehen wird. Das sächsische Volk hat also nichts zu erwarten und deshalb müsse immer nachdrücklicher die Forderung nach einem gerechten Wahlrecht erhoben werden. Das sächsische Volk wird nicht früher ruhen, bevor ihm nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gegeben ist. Die Ausführungen der Referenten wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Vertreter der bürgerlichen, der sogenannten linksliberalen Parteien hatten sich nicht eingefunden, sie glauben, die Volksrechte im Landtage und in der Wahlrechtsdeputation richtig zu vertreten. Eine der Sache entsprechende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen. Die Versammlungen wurden mit einem dreifachen Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht geschlossen. Die Veranstaltung verlief in musterhafter Ruhe und Ordnung und gestaltete sich zu einem wirkungsvollen Protest gegen Ungesetzlichkeit und Volksentrechtung. In Leipzig und anderen Städten Sachsens fanden am Freitag ebenfalls starkbesuchte Wahlrechtsversammlungen statt.

Das Attentat auf Pernerstorfer. Zu der Mitteilung von dem Attentat eines Geistesgestörten auf Pernerstorfer teilt die „Wiener Arbeiterztg." noch folgende Einzelheiten mit: Der irrsinnige Attentäter heißt Ignaz Pollak. Er war in der Redaktion der „Arbeiter-Ztg.", die er mehrfach „zum Schutze wider seine Feinde" anging, als Querulant bekannt und man wußte auch, daß seine Psychose bereits alle charakteristischen Merkmale des Verfolgungswahnes trage. Man empfahl daher dem Manne wiederholt, sich der Behandlung eines Nervenarztes anzuvertrauen, und er befolgte eine Zeitlang diesen Rat. Er litt an der fixen Idee, daß ihm sein Vater nach dem Leben trachte. Diese Wahnvorstellung scheint sich aber in seinem kranken Gehirn allmählich in eine andere umgebildet zu haben, die sich irgendwie auf seine wiederholten Besuche in der „Arbeiter-Ztg." bezog. Er begann plötzlich allerlei krauses Zeug zu schreiben und schickte seine Arbeiten an unsere Redaktion mit der Bitte, sie als Feuilletons zu veröffentlichen. Als dies nicht geschah, begann er sich, wie nun durch die Aussagen einiger Personen, denen gegenüber er sich beklagte, festgestellt ist, einzubilden, daß die Genossen Pernerstorfer und Adler, die in Wirklichkeit den Mann gar nicht kannten, sich mit der Polizei verbündet haben, „um seine Existenz zu untergraben". Diese fixe Idee trieb ihn zu der Irrsinnstat, die nur für ihn verhängnisvoll ausfiel, während die Genossen, denen er seine Schüsse zugedacht hatte, durch ein günstiges Geschick davor bewahrt blieben, durch ein so unsinniges Attentat an Gesundheit und Leben Schaden zu nehmen. Daß gerade Genosse Pernerstorfer vor den Revolver des Irrsinnigen geriet, erklärt sich daraus, daß er einige Minuten vor Genossen Adler in die Redaktion kam. Der Irrsinnige hatte es, wie er selbst angibt, auf beide abgesehen. Wer zuerst den Hausflur passierte, dem galten die Geschosse des Irrsinnigen, der dort seinen vermeintlichen Feinden auflauerte. Daß Genosse Pernerstorfer keine Verletzung erlitt, hat er nebst seinem dicken Winterrock der schlechten Qualität der Waffe des Angreifers zu verdanken. Der Revolver hat zwar ein Kaliber von 7 Millimetern und einen gezogenen Lauf, ist aber alt und wahrscheinlich innen von Rost zerfressen. So konnte es geschehen, daß sich die Projektile, obgleich die Schüsse in unmittelbarer Nähe des Angegriffenen — kaum zwei Schritte hinter ihm — abgegeben wurden, im dicken Tuche des Winterrocks verschlugen, ohne es zu durchbohren. Wäre der Überfall zur andern Jahreszeit erfolgt, so hätte er für Pernerstorfer schwerere Folgen haben müssen. Doch davor hat ihn und alle seine Freunde ein glückliches Geschick bewahrt. Genosse Pernerstorfer überwand nach wenigen Minuten seine Betroffenheit und gewann sofort seine gute Laune wieder. Einigermaßen getrübt wurde sie durch die Nachricht, daß sein Angreifer einen Selbstmord versucht habe. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß gegen Pernerstorfer am 17. Februar 1888 ein Attentat verübt wurde, das insofern einen weit ernsthafteren Charakter hatte, als es aus politischen Motiven entsproß. Er wurde damals in seiner Wohnung von zwei Individuen überfallen, die zu dieser Tat offenbar gedungen waren. Pernerstorfer erwehrte sich mit Hilfe seiner ihm tapfer beistehenden Gattin der Angreifer und drängte sie aus seiner Wohnung. Die Täter wurden nicht ermittelt, obgleich es der Polizei kaum Schwierigkeit gemacht hätte, sie zu finden. Ihr Eifer war aber desto geringer, je offenkundiger es war, wer die Urheber der Tat seien. Der Überfall war nämlich — alle Welt wußte es — die Antwort auf eine Rede, in der Pernerstorfer das exzessive Treiben eines seither verstorbenen hohen Herrn gegeißelt hatte.

Die Marxfeier der deutschen Arbeiter in Brüssel. Der „Deutsche Arbeiterverein" in Brüssel, wie stets jedes Ereignis der deutschen Sozialdemokratie mitfühlend und mitfeiernd, war auch diesmal, gleich den Organisationen der deutschen Länder, mit am Platze, das Andenken Karl Marx' zu feiern. Diesmal freilich hatte der Verein auch noch seinen besonderen Grund zur Erinnerungsfeier für den großen sozialistischen Denker, dessen Name mit dem „Deutschen Arbeiterverein selbst verknüpft ist. Ist es doch der Ruhm und der Stolz des Vereins, daß Karl Marx sein Begründer war. — Die Ansprache des Genossen Huysman, des Sekretärs des Internationalen sozialistischen Bureaus, mit der der Festabend im „Weißen Saale" des „Maison du Peuple" eröffnet wurde, spiegelte auch diesen Doppelsinn der Marxfeier für den „Deutschen Arbeiterverein" wieder. Huysman hob auch den allgemeinen Einfluß der deutschen Theoretiker und Führer auf die belgische Sozialdemokratie hervor. Für sie wie für die übrige sozialistische Welt wird auch weiterhin trotz aller bürgerlichen und „revisionistischen" Einflüsse der Name von Karl Marx ein führender bleiben. Nach der Festrede des Genossen Brachwitz, eines alten Mitgliedes und treuen Kämpen, gaben noch die Gesangsvorträge der Deutschen Gesangssektion dem Festabend einen wirksamen und gemütvollen Abschluß. — Im Brüsseler „Peuple", unserem belgischen Bruderorgan, würdigten am Sonntag in interessanten Beiträgen die Genossen Louis Bertrand — der gründliche Kenner der belgischen Arbeiterbewegung — Vandervelde und Huysman den 25jährigen Todestag Karl Marx'. Zwei Bilder veranschaulichten die Häuser, die Marx während seines Brüsseler Aufenthalts in der Vorstadt St. Josse und auf dem Platz St. Gudule bewohnt hat. — Der Artikel Huysmans, der sich auf die Erinnerungen des 48er Stefan Born bezieht, bringt in Erinnerung, daß unter einem liberalen belgischen Minister Karl Marx aus Brüssel und aus Belgien ausgewiesen worden sei.

Aus dem Gerichtssaal.

Gefälschte Tarifverträge. Als einen Akt „sozialer Notwehr" bezeichnete der Staatsanwalt die Handlungsweise des Putzermeisters Gustav Krämer, der sich unter der Anklage des Betrugs und der schweren Urkundenfälschung vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu verantworten hatte. Krämer beschäftigte Putzer und Bauarbeiter und übernimmt sämtliche Putzarbeiten auf Neubauten. Als durch die Streikbewegungen und Aussperrungen im Baugewerbe die allgemeine Bautätigkeit lahm gelegt worden war, hatte Krämer gerade einen Auftrag für einen Neubau des Bauunternehmers Professor Dr. David Joseph in Charlottenburg angenommen. Infolge des Streiks war es dem Angeklagten nicht möglich, Arbeitskräfte zu erlangen. Sein Auftraggeber weigerte sich, die von dem Zentralverband der Maurer festgesetzten Tarifverträge anzuerkennen. Krämer geriet dadurch in eine Zwangslage und fälschte die Unterschrift seines Auftraggebers Joseph auf einem Tarifvertragsformular. Die Leitung des Zentralverbandes der Maurer nahm an, daß Josef den neuen Tarif angenommen hatte, und jetzt erlangte Krämer Putzer und konnte den Bau fertigstellen. Krämer wandte dieses Mittel noch einmal an und ließ sich obendrein einen Stempel anfertigen mit der Aufschrift: „Zentralverband der Maurer, Sektion Putzer". Mit diesem stempelte er dann die übrigen Verträge ab. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß man die Tat des Angeklagten im gewissen Sinne als einen Akt sozialer Notwehr bezeichnen könne. Da es ihm nicht möglich war, sich auf eine andere Weise vor einem Ruin zu retten, habe er eben zu diesem allerdings sehr straffälligen Mittel gegriffen. Da er aber nicht in betrügerischer Absicht gehandelt hatte, sondern nur um eine Arbeitsmöglichkeit zu erhalten, beantragte der Staatsanwalt einen Monat und eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen Urkundenfälschung in zwei Fällen auf drei Wochen Gefängnis.

Militärische Solidarität. Aus Halle a. S. berichtet man: Das Oberkriegsgericht von Magdeburg trat hier zusammen, um gegen den Vizewachtmeister Zimmermann von der 2. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 75 zu verhandeln. Zimmermann hat in der Nacht vom 12. Juli v. J. ohne besonderen Anlaß die Ehefrau Reinhardt auf der Straße am Halse gewürgt und dann deren hinzueilenden Mann, unbescholtene harmlose Leute, mit dem Säbel über den Kopf geschlagen. Der Verletzte erhielt eine sieben Zentimeter lange Wunde und brach eine Rippe, da er auch gewaltsam zu Boden geworfen war. Der Gerichtsoffizier, dem über den Vorfall Anzeige erstattet worden war, hatte versucht, die Sache durch Vergleich zu erledigen, was aber nicht gelungen war. Mit Rücksicht auf die ungeheuerliche Roheit mußte er schließlich den Tatbericht einreichen. Zimmermann wurde dann vom Halleschen Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist bereits wegen eines gleichen Roheitsaktes, begangen mit der Waffe, mit 48 Tagen Gefängnis vorbestraft. Der letzte Prozeß ging durch Revision bis an das Reichs-Militärgericht und wurde von dort an die Vorinstanz zurückgewiesen, da

---

sein soll, muß man sich über alles ausgesprochen haben und kein Zweifel darf zurückbleiben. . . . . Herr Präfekt, die Erklärung des Thomaso Bianchi war mir, da sie von einem so übel berufenen Menschen herrührt, aus guten Gründen verdächtig . . . . . Ich sagte," wandte sie sich jetzt an den alten Barricini, „daß Ihre Söhne diesen Menschen vielleicht in seinem Gefängnis zu Bastia aufgesucht hätten.

„Das ist nicht wahr," fiel Orlanduccio ihr ins Wort, „ich habe ihn durchaus nicht gesehen."

Colomba warf ihm einen verachtungsvollen Blick zu und fuhr mit anscheinend großer Ruhe gegen den Präfekten gewendet fort:

„Sie haben das Interesse, welches Tomaso veranlassen konnte, Herrn Barricini im Namen eines gefürchteten Banditen zu bedrohen, durch den Wunsch erklärt, seinem Bruder Theodoro die Mühle, welche mein Vater ihm zu niedrigem Preise verpachtet hatte, erhalten zu wollen . . . ."

„Daran ist gar nicht mehr zu zweifeln," sagte der Präfekt.

„Von einem so verworfenen Menschen, wie dieser Bianchi es zu sein scheint, lassen sich so schlechte Streiche allerdings wohl erwarten," sagte Orso, der sich durch das gelassene Wesen seiner Schwester täuschen ließ.

„Der gefälschte Brief," fuhr Colomba fort, und ihre Augen sprühten auf in feuerigem Glanz, „ist vom ersten Juli datiert. Tomaso war damals bei seinem Bruder in der Mühle."

„Jawohl," sagte der Maire, etwas betreten.

„Welches Interesse also konnte Tomaso Bianchi verleiten den Brief zu schreiben?" rief Colomba mit triumphierender Miene. „Der Kontrakt seines Bruders war erloschen, und mein Vater hatte ihm am ersten Juli gekündigt. Da sehen Sie, in den Geschäftsbüchern meines Vaters ist die Kündigung auf die Minute verzeichnet; und hier ist auch der Brief eines Geschäftsmannes von Ajaccio, worin dieser uns einen anderen Pächter für die Mühle vorschlägt."

Mit diesen Worten überreichte sie sodann dem Präfekten die Papiere, welche sie bisher in der Hand gehalten hatte.

Es entstand ein allgemeines Erstaunen. Der Maire wechselte sichtlich die Farbe. Orso zog die Brauen finster zusammen und trat näher, um sich ebenfalls mit dem Inhalt der Papiere, welche der Präfekt mit großer Aufmerksamkeit las, vertraut zu machen.

„Man hat uns hier zum besten!" rief Orlanduccio und stand zornig auf. „Lassen Sie uns gehen, mein Vater; wir hätten gar nicht hierher kommen sollen!"

Ein Augenblick war genügend Herrn Barricini seine Kaltblütigkeit wieder gewinnen zu lassen. Er verlangte die Papiere zu prüfen; der Präfekt reichte sie ihm schweigend hin. Seine grüne Brille auf die Stirn zurückschiebend, überflog der Maire die Schriftstücke mit anscheinender Gleichgültigkeit, während Colomba ihn mit den Blicken einer Tigerin, die dem Lager ihrer Jungen einen Hirsch nahen sieht, fest im Auge behielt.

„Aber," sagte Herr Barricini, seine Brille wieder zurechtrückend und die Papiere dem Präfekten zurückgebend, — „da die Güte des Herrn Obersten bekannt war, ... wird Theodoro gedacht haben . . . . ja, mußte er denken, . . . daß der Herr Oberst von seinem Entschluß ihn zu entlassen zurückkommen werde . . . Tatsächlich ist er im Besitz der Mühle geblieben, also . . ."

„Ich war es," sagte Colomba mit einem Ton der Verachtung, „die sie ihm gelassen hat. Mein Vater war tot, und in meiner Lage forderte es die Klugheit, die Anhänger meiner Familie zu schonen."

„Dennoch," sagte der Präfekt, „erkennt jener Tomaso den Brief als von ihm geschrieben an . . . . . , das steht fest."

„Das heißt: nur für Sie steht das fest," fiel Orso ein. „Hinter dieser ganzen Angelegenheit scheinen unerhörte Infamien zu stecken."

„Ich habe noch eine Behauptung dieser Herren zu widerlegen," sagte Colomba, und mit diesen Worten öffnete sie die zur Küche führende Tür. Sofort erschienen Brandolaccio und der ehemalige Kandidat der Theologie mit Brusco, dem Hunde, in dem Saale. Dem Anscheine nach waren die beiden Banditen unbewaffnet; die Patrontasche hatten sie zwar am Gürtel hängen, aber sie hatten keine Pistole darunter stecken, welche unerläßlich dazu gehört hätte, ehe von einer Bewaffnung die Rede sein konnte. Beim Eintritt in den Saal nahm das Banditenpaar respektvoll die Mützen ab.

Man kann sich denken, welche Wirkung ihr plötzliches Erscheinen hervorbrachte. Der Maire fuhr entsetzt vom Stuhle auf, und seine Söhne stellten sich mutig vor ihm hin, mit der Hand in die Tasche ihres Rockes greifend, um nach dem Stilet zu suchen. Der Präfekt machte eine Bewegung nach der Tür hin, während Orso Brandolaccio am Kragen packte und ihm entgegen schrie: „Was hast du hier zu suchen, elender Schurke?"

„Das ist ein mörderischer Überfall!" rief der Maire und machte einen Versuch die Tür zu öffnen. Aber Saveria hatte auf den Befehl der Banditen, gleich nach deren Eintritt in den Saal, die Tür von außen sorgfältig wieder verschlossen.

„Seid doch nur ruhig, ihr guten Leute," sagte Brandolaccio, „ich bin kein so schwarzer Teufel, wie man nach meinem Aussehen vermuten sollte. Wir kommen keineswegs in böser Absicht. Herr Präfekt, ich Ihr ergebener Diener . . . . Herr Leutnant, ich bitte etwas sachter, Ihr erwürgt mich sonst . . . . Unser Geschäft hier ist, als Zeugen zu dienen. Komm! sprich du, Pfarrer, du hast eine geläufige Zunge."

„Herr Präfekt," sagte darauf der Extheologe, „ich habe nicht die Ehre Ihnen bekannt zu sein. Ich nenne mich Giocanto Castriconi, bin aber bekannter unter dem Namen des „Pfarrers" . . . . . Ah! so, Ihr kennt mich auch nur unter meinem Spitznamen. Das Fräulein, welches ich ebenfalls nicht die Ehre hatte zu kennen, ließ mich bitten ihr Auskunft über einen gewissen Thomaso Bianchi zu geben, mit dem ich vor drei Wochen zu Bastia im Gefängnis saß, Hört also, was ich darüber zu berichten weiß." . . .

„Spart Euch die Mühe!" herrschte der Präfekt ihm entgegen: „von einem Menschen, wie Ihr seid, habe ich nichts zu vernehmen . . . Signor della Rebbia, es wäre mir lieb, wenn ich annehmen dürfte, daß Sie wenigstens mit diesem abscheulichen Komplott nichts zu tun haben. Aber, wenn Sie noch Herr in Ihrem Hause sind, dann lassen Sie diese Tür öffnen. Ihre Schwester wird sich über die seltsamen Beziehungen, welche sie mit Banditen unterhält, zu rechtfertigen haben."

„Herr Präfekt," rief Colomba, „geruhen Sie nur den Aussagen dieses Mannes Gehör zu schenken. Sie sind hier, um jedem sein Recht zu verschaffen, und es ist ihre Pflicht die Wahrheit zu übermitteln. Sprecht! Giocanto Castriconi."

„Hört nicht auf ihn!" schrien im Chor die drei Barricini dagegen.

„Wenn alle zugleich reden wollen," sagte lächelnd der Bandit, „da gibt's kein Mittel mehr, sich verständlich zu machen . . . Im Gefängnis also war jener in Frage stehende Tomaso mein Genosse, nicht aber etwa mein Freund. Er empfing häufig Besuche von Herrn Orlanduccio . . ."

„Das ist erlogen!" riefen die beiden Brüder wieder zugleich.

(Fortsetzung folgt.)

aus dem Protokoll nicht zu ersehen gewesen war, weshalb einige Zeugen nicht vereidigt worden sind. In der erneuten Verhandlung brachte nun das Gericht durch einstimmigen Beschluß zum Ausdruck, daß unter anderem die an dem Fall beteiligten und interessierten Artilleriesergeanten Kallenberg und Dehne, die für Z. günstig ausgesagt hatten, wegen Unglaubwürdigkeit nicht zu vereidigen sind. Das Oberkriegsgericht setzte aber trotzdem die Strafe auf sieben Wochen Gefängnis herab, da der Angeklagte sich nicht klar gewesen sei, mit welchem gefährlichen Instrument er umging. — Auch ein Grund.

Strafen gegen Wahlrechtskämpfer. Das Schöffengericht in Solingen verhandelte gegen 22 Wahlrechtsdemonstranten vom 12. Januar wegen „Aufforderung zur Teilnahme an nichtgenehmigtem Umzug" resp. wegen Teilnahme und groben Unfugs. 19 Angeklagte erhielten 9 bis 21 Mk. Geldstrafe, einige Gefängnisstrafe von einer bis zwei Wochen, drei wurden freigesprochen.

Gibt es keine Klassenjustiz? Aus Halle a. S. berichtet man vom 21. März: In der letzten Zeit erfolgten vom hiesigen Schöffengericht auf Grund von Anzeigen seitens der Polizei während des Gasarbeiterstreiks wegen Streikpostenstehens mehrere Freisprechungen, die damit begründet wurden, daß die Polizei kein Recht habe, Streikposten ohne weiteres von der Straße wegzuweisen. Heute kamen nun bei anderer Besetzung des Gerichts zwei Fälle zur Verhandlung, die genau ebenso lagen wie die früheren, aber zu Verurteilungen führten. Und das kam so: Als Schöffen wirkten ein Malermeister und der Maurermeister Reichardt, der als Vorsitzender des Bauarbeitgeberverbandes in den Kreisen der Arbeiter als ein Scharfmacher schlimmster Sorte bekannt ist. Schon in dem ersten Fall griff Herr Reichardt in auffälliger Weise in die Verhandlung ein, erinnerte unter anderem den Zeugen, Polizisten Julius, an Verkehrsstörungen während des Bauhandwerkerstreiks usw. Das Gericht kam zur Verurteilung des Arbeiters Lasch mit der Begründung: Wo sollte unsere Polizei hinkommen, wenn ihr bei Anordnungen nicht unbedingter Gehorsam geleistet wird? Schon wenn ein Polizist glaubt, die Sicherheit ist gefährdet, hat er ein Recht zum Einschreiten. Als darauf im zweiten Falle gegen den Arbeiter Kersten verhandelt werden sollte, bat der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dittenberger, den Schöffen Reichardt als befangenen Richter abzulehnen. Herr Reichardt sei Vorsitzender des Unternehmerverbandes und er habe als Stadtverordneter auch gegen die Wünsche der städtischen Arbeiter Stellung genommen. Das Gericht erklärte aber den Schöffen Reichardt für nicht befangen und verurteilte dann auch Kersten, der am Mittwoch in einem gleichen Falle freigesprochen war, zu 5 Mark Geldstrafe.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 23. März 1908.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6½ Uhr.

Zunächst wird die Wahl der Kommission zur Prüfung der Eingabe der Landgemeinde Schattin, betreffend die Rädlerhorstfähre vorgenommen, die folgendes Resultat hat: es werden gewählt: Lauenstein, Prösch, Dr. Benda, Lüth und A. Pape.

Es wird sodann in die Beratung des Voranschlages der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten eingetreten.

In der Generaldebatte nimmt das Wort

Dr. Lienau zu einer Anfrage darüber, wie die im Voranschlag angegebene Mindereinnahme entstanden sei.

Senator Dr. Fehling: Die scheinbare Mindereinnahme ist nur durch eine andere Gruppierung der Zahlen entstanden.

Lauenstein wünscht Auskunft darüber, wie es mit der Errichtung eines Zwangsarbeitshauses stehe.

Senator Dr. Fehling: Diese Frage wird von den in Frage kommenden Behörden geprüft.

Wissell: Voriges Jahr sind meine Anträge betreffend Säuglingsschutz abgelehnt, weil die Form derselben dem Bürgerausschuß und der Bürgerschaft nicht behagten, aber es ist der Senat ersucht, die in den Anträgen enthaltenen Anregen dadurch zu unterstützen, daß er die zu ihrer Verwirklichung von privater öffentlicher Seite bereits ins Werk gesetzten Bestrebungen tunlichst fördern und auch eventuell die Bewilligung von Geldmitteln verlangen sollte. Am 26. Februar hat der Bürgerausschuß 1000 Mk. für die Zentralstelle für Säuglingsschutz in Charlottenburg bewilligt. Soll damit die Sache zu Ende sein oder liegen schon Beschlüsse vor, haben schon Beratungen stattgefunden, wie die Sache praktisch hier in Lübeck zu befördern ist. Was Herr Lauenstein will, kann schon auf Grund der bestehenden Gesetze erfolgen.

Senator Dr. Eschenburg: Der Wunsch des Herrn Lauenstein geht seiner Erfüllung entgegen. Die Säuglingsfürsorge wird weiterhin Gegenstand der Prüfung der Behörde sein.

A. Pape ersucht um Hinzuziehung von Frauen zur Armenpflege.

Senator Dr. Eschenburg: Diesem Wunsch wird Folge gegeben.

Lippert erklärt, daß die Anregung Lauensteins bereits das Polizeiamt beschäftigt hat.

Thiele ist ebenfalls für die Heranziehung der Frauen zur Armenpflege.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft.

Wissell bemängelt die Strafbestimmungen des Armen-Arbeitshauses, nach welchen unter Umständen auf 7 Tage Gefängnis von der Armenbehörde erkannt werden kann. Auf welche gesetzliche Bestimmungen stützt sich hier die Behörde? Redner wünscht, daß den Insassen der Armenanstalt die ihnen zur Nahrung verabfolgte Margarine möglichst öfter als alle 14 Tage verabfolgt wird, weil in dieser Zeit die Margarine schlecht wird.

Senator Dr. Eschenburg kann auf die Anfrage Wissells zurzeit nicht antworten.

Heinsohn: Die Strafbestimmungen des Armenarbeitshauses werden nicht so scharf gehandhabt, wie man vielleicht annehmen kann. In der Margarinefrage soll möglichst den Wünschen des Herrn Wissell entsprochen werden.

Wissell: Mir kam darauf an, zu erfahren, auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen die Strafbestimmungen erlassen sind. Hoffentlich erhalte ich darüber später noch Auskunft.

Dühring ist gegen die rote Uniform der Waisenmädchen.

Das Generalbudget der Wohltätigkeitsanstalten wird darauf angenommen.

Nunmehr steht zur Beratung der Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für das Verwaltungsjahr 1908.

Generaldebatte.

Wissell wünscht Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen und staatlichen Betrieben. Es ist ein diesbezüglicher Antrag von uns wiederholt gestellt worden, doch hat der Senat demselben keine Folge gegeben. Allerdings haben die verschiedenen Behörden ihren Berichten Angaben über die Zahl der im Durchschnitt beschäftigten Arbeiter und die gezahlten Löhne beigefügt, jedoch geben dieselben kein richtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Redner stellt den Antrag, die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, er möge ihr alljährlich eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen und staatlichen Arbeiter mit dem Budget geben; ferner auch Mitteilungen über die in Betracht kommenden Verträge und Arbeitsordnungen.

Senator Dr. Fehling: Der Senat beabsichtigt, auch ohne diesen Antrag, Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bürgerschaft zu machen.

Der Antrag Wissell wird darauf abgelehnt.

In der Spezialberatung nimmt das Wort

Wissell: Mit den Arbeitern ist ein Vertrag vereinbart worden, der in verschiedenen Punkten gegen die Gewerbeordnung verstößt, wie Redner nachwies.

Senator Dr. Fehling: Die Verträge mit den städtischen Arbeitern werden demnächst den Bürgerschaftsmitgliedern mitgeteilt werden.

Mühsam will Auskunft über die Einführung von Gasautomaten.

Senator Dr. Fehling: Der Einführung von Gasautomaten stehen technische Bedenken nicht entgegen.

Lippert regt an, ob es nicht zweckmäßig sei, in Lübeck Fernzünder einzuführen.

Senator Dr. Fehling: Dieser Frage unterliegt bereits der Prüfung.

Coleman erklärt, daß sich die Gasautomaten in den Häusern des Bauvereins gut bewährt haben.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Senator Dr. Fehling, Schorer und A. Pape.

Kapitel „Elektrizitätswerk".

v. Schack wünscht, daß das elektrische Kabel bei Anschlüssen bis an das Grundstück des Abnehmers auf Staatskosten geliefert wird.

Senator Dr. Fehling: Die dadurch entstehenden Kosten sind derartig erheblich, daß dieselben durch einen gesteigerten Konsum nicht wieder wettgemacht werden.

v. Schack tritt nochmals für seinen Wunsch ein.

Senator Dr. Fehling bleibt bei seiner Ansicht.

Gusmann verlangt, daß der Anschluß an das elektrische Kabel von der Straßenmitte aus gerechnet wird.

Senator Dr. Fehling: Es ist nicht immer angängig, das Kabel in die Mitte der Straße zu legen.

Jenne spricht im Sinne v. Schacks.

Senator Dr. Fehling: Die von Herrn v. Schack angeregte Frage bedarf einer sorgfältigen Prüfung. Der zu erwartende Einnahmeausfall würde, wenn man den Vorschlägen der Bürgerausschußkommission folgen wollte, etwa 50 000 Mk. betragen, und diese Summe fällt sicherlich ins Gewicht.

Ritter hält eine gleichmäßige Anschlußgebühr für die Abnehmer und eine Verbilligung des Stromes für wünschenswert.

Gusmann vertritt nochmals seinen Standpunkt.

An der weiteren Debatte über das Kapitel „Elektrizitätswerk" beteiligen sich noch Senator Dr. Fehling und Dahms.

Kapitel „Feuerlöschwesen".

Wissell regt eine Unfallversicherung für die freiwilligen Feuerwehrmitglieder an. Redner führt einen Fall an, in dem ein Feuerwehrmann verunglückt und dadurch erheblich in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt ist.

Lauenstein hält die Anrege Wissells für durchaus berechtigt. Die Gemeindevorstände haben sich mit der Sache bereits beschäftigt, doch ist leider keine Einigung erzielt worden.

Maack-Vorrade wünscht zwischen Wulfsdorf und Vorrade eine Brücke; jetzt können sich im Falle eines Brandes die Wehren dieser beiden Dörfer nicht gegenseitig unterstützen.

Senator Fehling: Der Senat wird dem Wunsche des Vorredners gern entgegenkommen, wenn auch die Landbewohner entsprechendes Entgegenkommen zeigen.

Heise fragt an, ob die Feuerversicherungsgesellschaften auch zu den Kosten der Feuerwehr herangezogen werden.

Nach weiterer unwesentlicher Diskussion wird folgender Antrag Wissell einstimmig angenommen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise sich eine Unfallversicherung für die in Ausübung des Feuerwehrdienstes zu Schaden Gekommenen schaffen läßt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es erfolgt die Generaldebatte über den Titel „Kirchhofs- und Begräbniswesen".

Wissell: Der Zuschuß zum Begräbniswesen beträgt 23 140 Mk. Woraus entsteht dies Defizit. Die Behörde ist der Meinung, daß es teilweise aus zu geringen Gebühren entsteht. Im Titel 2b, Einnahme, heißt es „Wahrscheinlich wird eine Erhöhung dieser Gebühren (für Herstellung der Gräber) notwendig werden, da sie nach den bisherigen, wenn auch noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen die Selbstkosten nicht decken." Es mag ja sein, daß es sich in der Tat so verhält, denn ich kann ja nicht kontrollieren wie hoch sich die wirklichen Kosten bei der Herstellung eines Grabes stellen. Aber ich glaube nicht daran, meine Herren, daß das ja nicht geringe Defizit der Friedhofsbehörde darauf zurückzuführen ist, daß die eigentlichen Begräbnisgebühren zu gering sind, glaube vielmehr, daß es lediglich die Friedhofsgärtnerei ist, die einen so außerordentlichen Zuschuß erforderlich macht, also einen Zuschuß, der noch weit höher ist als der Zuschuß, den wir im laufenden Jahre aus Gemeindemitteln bezahlen sollen. Im Bericht der Armenanstalt wird uns mitgeteilt, daß die Begräbnisgebühren für eine Armenleiche von 17 auf 37 Mk. gestiegen sind.

Meine Herren! Sie kennen meinen Standpunkt, daß ich prinzipiell die Unentgeltlichkeit des Begräbniswesens fordere. Sie stehen auf anderem Standpunkt, Sie wollen, daß auch hier für eine Leistung eine entsprechende Entschädigung gezahlt werden soll. Dann müssen Sie aber auch konsequent sein und prüfen, ob nicht die Gebühren, die erhoben werden, angemessen sind, ob sie nicht einerseits zu hoch und andererseits den Leistungen entsprechend sind. Die Einnahmen der Friedhofsbehörde setzen sich einesteils zusammen aus eigentlichen Begräbnißgebühren, aus der Einnahme für den Gräberplatzankauf und aus der Einnahme der Friedhofsgärtnerei für Gräberpbeflanzung usw. Verteilen Sie auf diese 3 Gruppen nur die Ausgaben, dann werden Sie finden, daß die Friedhofsgärtnerei einen Zuschuß erfordert, der um das Doppelte höher ist, wie der gesamte Staatszuschuß, d. h. also, daß die beiden ersten Gruppen einen erheblichen Überschuß abwerfen müssen, der von der Friedhofsgärtnerei aufgefressen wird. Wir sind nicht gegen Ausgaben für Schmuck des Friedhofs, der eine Erholungsstätte für alle sein soll. Ich sage auch, der Schmuck der Gräber ist Aufgabe der Stadt, aber Sie meine Herrn erkennen das ja nicht an. Sie sagen der Schmuck der Gräber ist Sache jedes einzelnen. Sie wollten es nur dem einzelnen ermöglichen, die en Schmuck auch durch die Friedhofsbehörde bewirken zu lassen, gegen Erstattung der dafür aufgewendeten Kosten. Verteilen sie einmal die Ausgaben so, daß sie sehen, was auf die Gärtnerei fällt, ziehen sie dann ab, was für den allgemeinen Park usw., wenn ich mich so ausdrücken darf, und es wird ein so erheblicher Betrag zurückbleiben, daß selbst ein Laie sagen muß, daß die Zahlungen nicht im Einklang stehen können zu den Leistungen. Die jetzige Aufstellung des Etats verschleiert — natürlich unbeabsichtigt — geradezu den Einblick in die Verhältnisse. Nach der jetzigen Aufstellung erscheint es geradezu, als ob die Gärtnerei noch einen Überschuß ergebe. So werden für die Unterhaltung der Friedhofsgärtnerei nur 20 260 Mk. in Ansatz gebracht, während auch die Kuhlengräber einen Teil ihrer Zeit gärtnerischen Arbeiten widmen. Es wird beinahe Schmutzkonkurrenz in der Bepflanzung der Gräber getrieben. Die Lieferungen und Aufwendungen sind 2—3mal so hoch gewesen, als sie nach der vom Verband der Handelsgärtner für Lübeck herausgegebenen Pflanzenpreistabelle geschäftsreell geliefert werden können. Die Gärtner wollen natürlich verdienen. Die Friedhofsbehörde hat doch einen Gärtner in ihrer Mitte, der, glaube ich, Vorsitzender des Handelsgärtnerverbandes ist. Es wird zu prüfen sein, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Senator Dr. Eschenburg: Auf alle Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich nicht eingehen; nur den Vorwurf der Schmutzkonkurrenz muß ich zurückweisen.

Wortführer Dr. Görtz: Ich habe Herrn Wissell nicht so verstanden, als ob er der Behörde den Vorwurf der Schmutzkonkurrenz gemacht hat.

Pastor Evers: Die Kirchhofsgärtnerei macht keine Schmutzkonkurrenz. Die Gebühren für die Gräberbepflanzung sind vor kurzem als nicht ausreichend erhöht worden. Einen wesentlichen Anteil an dem Defizit haben auch die gesteigerten Löhne.

Wissell: Die Lohnerhöhungen sind zweifellos nicht sehr erheblich, wenn man bedenkt, daß die gesamten Löhne nur mit 17 000 Mk. normiert sind. Redner hält im übrigen seine Kritik aufrecht.

Senator Eschenburg hofft, daß es im Laufe der Zeit gelingen wird, die Einnahmen und Ausgaben des Kirchhofs- und Begräbniswesens mit einander im Einklang zu bringen.

Heise wünscht Auskunft über den Bau des Krematoriums.

Senator Dr. Eschenburg: Die Pläne zum Krematorium sind bereits fertiggestellt. Es schweben jetzt Verhandlungen mit dem Verein für Feuerbestattung.

Dr. Wichmann bestätigt das.

Beim Titel „Unterhaltung der Friedhöfe" macht

Wissell darauf aufmerksam, daß nach dem Voranschlag die Kosten für die Unterhaltung der Wege auf 18 000 Mark festgesetzt worden sind, während in den Erläuterungen nur 13 900 Mk. gefordert werden. Es müsse hier an einer Stelle ein Druckfehler vorliegen.

In der Debatte, die sich hierüber entspann, konnte keine Auskunft über den Widerspruch gegeben werden. Wissell beantragt deshalb, die Position auf 13 900 Mark festzusetzen.

(Schluß folgt.)

Aus Nah und Fern.

Eine Staatsstütze verduftet. Vor einigen Tagen hat der Leiter der 16. Bezirksschule in Leipzig, Direktor Gerber, sein Amt niedergelegt und in Begleitung der Lehrerswitwe Tittmann unter Zurücklassung von Frau und Kindern Leipzig heimlich verlassen. Wie die Leipziger Lehrerzeitung berichtet, war dieser Schuldirektor, der jetzt mit seiner Geliebten durchgegangen ist, derselbe, der vor Jahren an dem Gedichte „Der tote Soldat" Anstoß nahm, weil es der Unsittlichkeit Vorschub leisten könnte. Die Pedanterie des allgemein als Schultyrann verschrienen Mannes ging so weit, daß er den Elementarklassen in der Pause auf dem Hofe das Sprechen verbot, Buch darüber führte, wieviel Kinder nach der Pause ihr Frühstückspapier in der Tasche hatten usw. Die Schule scheint demnach an ihm nicht allzuviel verloren zu haben.

Lehrer als Viehzähler. Große Entrüstung herrscht in Essener Lehrerkreisen über einen ihnen soeben bekanntgegebenen Beschluß der königlichen Regierung in Düsseldorf. Anläßlich der am 1. Dezember v. J. stattgefundenen Viehzählung waren allerorts die Lehrer ersucht worden, das Ehrenamt eines Zählers zu übernehmen. Viele Lehrer hatten sich dessen geweigert, worauf sie von der Regierung in Düsseldorf aufgefordert wurden, in einem besonderen schriftlichen Bericht die Gründe ihrer Weigerung anzugeben. Vor einigen Tagen sind nun die in Frage kommenden Lehrer vor ihre Kreisschulinspektoren zitiert und diese eröffneten den „Übeltätern", daß sie in Zukunft infolge ihres Verhaltens das besondere Wohlwollen der Behörden nicht mehr zu erwarten hätten. — Die Lehrer sind allgemein der Ansicht, daß sie, wenn sie ihre Pflicht tun, auch ohne besonderes Wohlwollen auskommen.

Fünfzig Stunden mit gebrochenen Beinen hilflos im Walde gelegen hat der Arbeiter Gnewekow aus Nauen. G. hatte im Stadtwalde am Luch im Auftrage der Gartenbauverwaltung Weidenbäume zu köpfen. Hierbei stürzte er aus einer Höhe von zwölf Metern in die Tiefe und blieb mit gebrochenen Unterschenkeln und einem Bruch des rechten Unterarmes hilflos liegen. Der Ärmste rief um Hilfe, aber vergeblich. Weit und breit war kein Mensch, der die Rufe hätte hören können. So lag der Unglückliche, der Kälte und den Unbilden der Witterung ausgesetzt, vom Dienstag bis Donnerstag mittag. Zwar war G. vermißt worden, doch wurde er vergeblich gesucht, besonders, da niemand wußte, in welcher Gegend des Luches der Arbeiter beschäftigt war. Erst Donnerstag mittag wurde er fast völlig erstarrt aufgefunden und nach dem Krankenhause in Nauen gebracht. Hier erholte sich G. schon in ganz kurzer Zeit, so daß er sich außer Gefahr befindet.

Ein Pechvogel. Genosse Hellmann in Lambrecht in der Pfalz hatte ein Begnadigungsgesuch an den Prinzregenten gerichtet und war deswegen scharf angegriffen worden. Die Partei hat zwar den geforderten Ausschluß nicht verhängt, aber dem Genossen die „schärfste Rüge" ausgesprochen. Nunmehr ist überdies das Gesuch vom Prinzregenten abschlägig beschieden worden, so daß Hellmann die dreiwöchige Gefängnisstrafe, die er wegen Beleidigung eines Waldhüters erhalten hatte, absitzen muß.

Eine nicht zu entschuldigende Nachlässigkeit hat zu der Schließung der Schlachterei des Produktenverteilungsvereins Euba i. S. geführt. Es wurden Fleischwaren im Gewichte von fast 14 Zentnern beschlagnahmt, die als untauglich zum Genusse für Menschen befunden worden waren. Eine große Menge davon war längst vom Verkaufe zurückgezogen worden, war aber liegen geblieben. Der Wert des Fleisches stellt sich auf 780 Mk. Die bürgerliche Presse versucht, den Fall auszuschlachten gegen die Konsumvereine überhaupt und die Vereine, die an die Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen sind, im besonderen.

Es ist deshalb notwendig, zu betonen, daß der Verein dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine nicht angeschlossen ist. Damit soll selbstverständlich nicht die Nachlässigkeit an sich in Schutz genommen werden. Alle Körperschaften und Organisationen, die dem Gemeinwohl dienen und die von Arbeitern verwaltet werden, sollen und müssen sich peinlich davor hüten, daß Übelstände einreißen und Nachlässigkeiten vorkommen, die den Gegnern begründeten Anlaß zu Angriffen bieten können.

Die höchste Heiterkeit. Aus Paris schreibt man der Wiener „Arbeiter-Ztg.": Der „Progrès de Lyon" veröffentlicht jetzt die marokkanischen Eindrücke eines Stabsarztes, die noch mehr als durch die Schilderung der Kämpfe selbst Einblicke in das Seelenleben der auf die Marokkaner losgelassenen Soldaten und der ihnen zu „menschenfreundlicher" Tätigkeit zugeteilten Medikus gewähren. Wir lesen da: „In dem Augenblick, wo die Marokkaner hinunterblickten, in der Erwartung, uns im Defilé erscheinen zu sehen, bekamen sie plötzlich vom Himmel einen Regen von Geschossen, darunter einige mit Melinit, herabgesendet, der in ihren dichten Reihen ein furchtbares Blutbad anrichtete. Rosse und Leute flogen paketweise in die Luft. Eine gute Füsillade von unserer Seite brachte die Sache zu Ende und der Ausgang war reingefegt. Noch niemals habe ich meine Tirailleure so aus vollem Herzen lachen gehört. Bei jedem gut versetzten Geschoß, das eine Gruppe unserer Feinde aufhob und in mehr oder minder formlose Fragmente auflöste, erhob sich in unseren Reihen ein Schrei staunender Bewunderung für die große Kanone, die wie ein Teufel ist und so gute Arbeit verrichtet." — So jauchzt der Mann, der von Berufs wegen „Samariter"-Dienste verrichtet, und die patriotische Presse druckt die wonnegrunzende Beschreibung des „heiteren" Blutbades stolz nach. Dieselbe Presse, die in Entrüstung über die „scheußliche Barbarei" der Marokkaner ist, weil die Landessitte erlaubt, in Ermangelung der europäischen „Fragment"-Erzeugung getöteten Feinden simpel den Kopf abzuschneiden.

Ein ungarischer Journalistenstreik. Anläßlich des vielerörterten Journalistenstreiks im Reichstag dürfte eine Erinnerung interessieren, über die die „Frankfurter Zeitung" wie folgt berichtet: Der Streik der Parlamentsberichterstatter ist keineswegs ein Novum. Der letzte hat unseres Erinnerns in Budapest stattgefunden, als Baron Banffy, damals noch Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, den Haupteingang des Reichstagsgebäudes für die Journalisten sperrte und ihnen einen Weg über eine Souterraintreppe anwies. Sämtliche hauptstädtische Blätter stellten darauf den Parlamentsdienst ein und ließen sich auch durch keinerlei Bemühung bewegen, die Solidarität gegenüber dem Präsidenten zu brechen. Das Ende war eine glänzende Satisfaktion, die Wekerle, auch damals Ministerpräsident, den Journalisten bereitete. Banffy wurde in öffentlicher Sitzung desavouiert, der Haupteingang und die Couloirs den Journalisten wieder geöffnet und wie ein lustiger Abgeordneter dann vergnügt ausrief: die Herren Volksvertreter waren nicht mehr „stumme Hunde".

Allerlei Wissenswertes.

Nachsendung von Telegrammen. Die briefliche Nachsendung von Telegrammen innerhalb Deutschlands erfolgt kostenfrei. Dies gilt nicht nur für Telegramme, die von der Post, sondern auch für solche, die von den Eisenbahnen befördert werden. Für die Ausführung dieser Nachsendung sind neue Bestimmungen getroffen worden. Sie gelten für alle Eisenbahntelegraphenstationen, die für den allgemeinen Verkehr geöffnet sind. Die Stationen der Preußischen Staatseisenbahnen wenden dabei den Portoablösungsvermerk an. Die Stationen der Sächsischen, der Badischen, der Mecklenburgischen und der Oldenburgischen Eisenbahnen sowie aller Privateisenbahnen entrichten die Portogebühr. Stationen der Reichseisenbahnen sowie aller Privateisenbahnen endlich machen von dem Vermerke „Reichsdienstsache" Gebrauch. Zu unterscheiden ist davon die telegraphische Nachsendung von Telegrammen, für die die Nachtelegraphierungsgebühr erhoben wird. Nach dem Auslande werden Telegramme mittelst unfrankierten gewöhnlichen Briefes nachgeschickt. Für die briefliche oder telegraphische Nachsendung ist ein schriftlicher Antrag erforderlich. Doch werden Telegramme, deren Aufgabeort außerhalb Europas liegt, auch ohne besonderen Antrag nachgesandt, wenn der neue Aufenthaltsort des Empfängers in Deutschland liegt und der Empfänger die Nachsendung von Telegrammen nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. bis 21. März 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

9. März. Arbeiter F. H. Westphal. 10. Tischler W. F. J. Schwarz. 11. Schmied J. W. Schunck. Bauarbeiter A. Moos. Tischler H. W. F. Möller. Domänenpächter C. P. J. Möller (Steinraderhof). 12. Tischler E. G. O. Rocksin. 13. Schriftsetzer W. H. E. Schröder. Schiffskapitän H. H. H. L. E. Wolff. Schneider R. E. G. Schröder. Buchhalter J. C. Dietz. 14. Gutsbesitzer A. E. Th. Karll (Kogel). Tischler J. H. Ch. Kies. 15. Schlosser D. H. Sprick. Lehrer F. F. W. G. Röhle. 16. Bäcker A. C. J. Stroth. 18. Arbeiter C. J. J. Millahn. Kaufmann C. W. P. Fettback. Eisenbahn-Wagenschieber H. O. H. Meyer. 19. Arbeiter H. J. W. Schütt. Schlosser F. F. L. G. H. Wohlers. Lehrer E. D. H. Langenbuch. 20. Matrose E. P. E. Zenner.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

9. März. Maler A. K. E. Stolze. 11. Kaufmann A. A. Riess. Arbeiter W. H. F. Borst. 12. Arbeiter C. H. F. Busch. Lehrer H. A. M. C. L. Geist. 13. Bahnarbeiter F. K. J. Seehase. Arbeiter Stephan Mikolajczak. 14. Arbeiter M. L. F. Blohm. Arbeiter J. F. Th. Schröder. 15. 15. Schiffszimmermann Th. A. J. Nilsson. Kaufmann F. F. W. Dahl. 16. Vermessungsarbeiter C. F. H. J. Böttcher. Schutzmann W. J. H. Schulz. 17. Arbeiter C. P. J. Dierks. Versicherungsbeamter G. H. W. Lentföhr. Böttcher A. J. H. Havemann. Schuhmacher R. A. E. Schmidt. 18. Arbeiter A. F. W. Grundig. Kutscher H. C. W. F. Wulff. 20. Schlosser O. A. L. Krüger.

Angeordnete Aufgebote.

16. März. Schiffsoffizier W. J. P. Haß in Hamburg und M. Kremp. Maschinist A. K. L. Knorre in Hamburg und F. C. M. Beyer. Versicherungsbeamter H. H. Chr. Koop in Berlin und E. M. Chr. Wulff. Schlachter F. H. Chr. Oltrogge in Pötrau und A. E. A. Klinkforth. Arbeiter A. H. Chr. Groth und M. S. P. Schöning. Kaufmann F. J. Koch und E. Th. C. Steffen. Lokomotivheizer O. F. W. Piper und C. M. W. Lenschow. Schlachter F. W. F. J. Köhn und B. C. J. Lange. Kutscher J. J. Ketels und D. M. K. Jäger. Maurer M. H. A. Rahlfs und M. J. C. Th. Kopplow. 17. Fabrikant W. Th. A. U. J. Schohl und E. M. E. Eberhardt, beide in Düsseldorf. Kutscher Johann Heinrich Joachim Krieger und Agnes Klara Meta Martha Joensch in Boostedt. Eisenbahn-Assistent H. F. W. Bode in Dänischburg und Witwe W. M. Biester geb. Gosch. Verlagsbuchhändler A. O. Emelin in München und D. M. L. Matz. Arbeiter H. J. J. Stieger und B. J. W. Mau. Tischler J. Chr. H. Wolters und J. W. E. C. Böttcher. Arbeiter R. H. C. Wittstruk und S. A. D. Carlsson. Schlachter W. H. F. Mamerow und B. Chr. M. Grot. Arbeiter W. F. J. Schütt und D. M. Chr. Burmeister. Handlungsgehilfe F. C. Rieck und M. F. A. Reppien. Damenschneider H. A. F. Schroeder und T. H. Linow. Elektrotechniker J. J. Chr. Wickel und L. W. Linow. Arbeiter D. W. C. Jäger und F. H. Bock in Stockelsdorf. Straßenbahnwagenführer A. W. Will und C. R. W. Kopp in Ratekau. Bäckergeselle W. Chr. M. A. Reinholdt und M. A. M. Fick, beide in Schwartau. Landrichter Dr. jur. W. R. E. Ph. Piper und H. Erasmi. 18. Arbeiter H. J. F. Fürs und M. H. Lübbert in Rensefeld. Hoteldiener M. Kobuteit in Hamburg und Th. B. Jenfeldt in Altona. Bureaubeamter H. H. C. O. Niemann und P. W. E. Staack in Roggenstorf. Kaufmann J. Kneib in Hamm und Ch. A. Schneider in Elberfeld. Kaufmann P. H. O. Roggenkamp und M. C. M. Frost in Dechow. Fabrikschlosser A. Leder und P. Klingberg, beide in Altwasser. Bierfahrer C. H. E. Schreep und A. M. E. H. Schmidt. Telegraphenarbeiter A. H. H. Ratzeburg und K. A. E. Voß. Handlungsgehilfe C. H. Chr. Lundt und S. M. M. C. Karl. Former W. E. H. Müller und W. E. M. Westphal. Maurer F. J. H. Bumann und A. J. E. Severin genannt Schwerin. Arbeiter H. H. F. W. Mustin und C. E. H. F. Stenck in Herrnburg. 19. Arbeiter E. Th. W. Bebensee in Schlutup und A. M. Chr. Paasch. Töpfer H. G. A. Grube und Witwe E. O. Voigt geb. Meinel. Tapezier und Dekorateur J. H. Bruhn und D. M. Reedwisch. Maurer O. A. C. Jäger und S. D. M. Hackmann. Arbeiter A. H. L. Hümöller und F. S. A. M. E. Warncke in Wismar. Weichensteller W. A. G. Carsten und E. A. M. Regel in Genin. 20. Kaufmann R. K. Chr. Adler und M. Chr. Marxen in Altona. Arbeiter F. W. K. Bremer und D. Chr. F. Ahrens. Maurer C. A. D. Faasch und E. O. Wendt. Kaufmann F. Prenzlau und M. Schlomer. Stadtkassenkanzlist E. J. H. Sebe und M. D. E. Reppien. 21. Rentmeister G. E. W. Sahn in Bliestorf und E. A. W. Ulrich. Tischler E. K. Th. Manke und H. Chr. D. Dietz. Eisenbahnwagenrotierer F. C. H. Koch und M. M. D. Mewe. Vorarbeiter J. G. F. Ketter und die geschiedene W. A. M. C. Westphal geb. Kuller. Schlosser C. J. H. Böckmann und A. D. E. E. Hase. Schlachter A. H. F. C. Muhly in Hamburg und M. C. L. Kähler. Eisenbahnwagenmeister W. C. H. Meier und L. M. C. Busch. Handlungsgehilfe A. C. G. Wecker in Geestemünde und P. S. G. Th. Arndt. Arbeiter J. F. O. Osting und S. A. M. Ahlers.

Eheschließungen.

17. März. Kaufmann E. J. C. P. Schott in Rostock und W. S. F. Steuernagel. 18. Hotelbesitzer J. H. Cording und H. Chr. E. M. Tamm. Arbeiter H. M. F. Schoer und C. A. Stechmann. Schmied A. F. Jeske und M. C. S. Kaufmann. 19. Gastwirt J. J. H. Kreutzfeldt und C. S. L. W. Dietrich. 20. Architekt C. E. J. Eilers in St. Petersburg und G. Paulig. Arbeiter F. C. Chr. Grau und M. M. C. Galey. 21. Postbote E. K. J. H. Möller in Altona und M. M. H. Dibbert. Geschäftsreisender C. M. Delfs in Hamburg und M. K. Bartels. Zimmermann C. G. F. Bauer in Ratzeburg und B. W. H. Becker. Schuhmacher O. K. W. Brümmer und A. Chr. M. Kay. Arbeiter H. C. Th. Schröder und M. W. C. Hakelow.

Sterbefälle.

14. März. A. L. C. geb. Bünemann, Witwe des Steinhauers J. W. E. Ruppel, 73 J. Chr. F. W. geb. Jürs, Ehefrau des Arbeiters J. J. H. Derlin, 65 J. Karl Heinz Hans Johannes Kloth, 7 Monate. Arbeiter J. C. E. Wichmann, 74 J. 15. Arbeiter A. F. W. Wessel, 82 J. Arbeiter H. J. Chr. Scharfenberg, 38 J. Arbeiter J. J. F. Langhans, 76 J. 16. Maschinenbaulehrling W. W. Chr. M. Hintze, 15 J. Chr. D. L. geb. Petersen, Witwe des Arbeiters J. H. Chr. Giesenberg, 64 J. Privatmann J. H. F. Vollert, 85 J. W. H. H. Behr, 14 T. M. M. E. Braasch, 20 J. 17. K. L. F. Friederici, 1 M. Ein Knabe in der Geburt verstorben. V.: Bureaubeamter H. J. A. G. H. Warncke. A. W. Kaschning, 1 M. Knecht H. L. W. J. Warnemünde, 21 J. 18. Kaufmann H. Händler, 37 J. W. J. H. Wittern, 7 M. Ein totgeb. Mädchen, V.: Arbeiter J. H. F. Käselau. F. J. F. Schulz, 28 J. Handlungsgehilfe M. J. R. Förster, 25 J. A. M. Chr. geb. Lunau, Witwe des Altenteilers J. H. C. Caven, vorher verw. Edler, 73 J. 19. M. B. C. Bollow, 4 M. Schlosser C. B. J. Pattosien, 59 J. Kustos am Katharineum J. C. W. Gottschalck, 61 J. 20. Arbeiter J. H. C. Kapling, 73 J. Steueraufseher a. C. J. H. C. Arendt, 68 J. E. W. C. geb. Kreutzfeldt, Witwe des Hufners H. J. H. Hollf, 27 J. A. M. C. geb. Dechow, genannt Timm, Witwe des Zimmergehilfen G. W. A. Spethmann, 51 J. Rentenempfänger H. Chr. Bülck, 73 J. 21. F. S. M. Malbohm, 19 J. A. M. C. geb. Blöß, Ehefrau des Hotelbesitzers H. A. Windel, 53 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Takler J. H. Th. Törper. W. E. Metzlaff, 13 J. C. C. C. geb. Platthoff, verw. Solterbeck, Ehefrau des Arbeiters F. J. H. Bornhoeft, 50 J.

Literarisches.

Von der **„Kommunalen Praxis"** sind die Nummern 8 und 9 erschienen. Diese Zeitschrift, von der wöchentlich eine Nummer zur Ausgabe gelangt, hat die Aufgabe, den sozialdemokratischen Gemeindevertretern in Stadt und Land Anregung und Belehrung zu geben. Wir empfehlen das Blatt den neugewählten Gemeindevertretern zum Abonnement. Bestellungen werden entgegengenommen von der Post, von jeder Buchhandlung oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der Preis beträgt vierteljährlich 3 Mk.

Süddeutscher Postillon Nr. 7 bringt in dieser Nummer Postillons Zoo: Elward v. Oldenburg-Januschau; eine rührende Satire Held Fischbeck von M. Vanselow, ferner: Auch ein Modernist, ein prächtiges Tierbild von H. P.; als Schlußbild „Die gelbe Gefahr", ein vielfarbiger reizender Blick in die europäische Kinderstube. — Das Leitgedicht ehrt Karl Marx (mit Porträt) zu seinem 25. Todestag. Was in der Welt vorgeht, Aussperrungen am 18. März, Briefe aus Sachsen über die neue Wahlreform, der Königsbrief und seine Folgen, Fleischnot und Fleischernot, Ehre, Gesinnungsrevision, Bundesbrüder und eine Menge kleinerer Beiträge machen diese Nummer sehr interessant. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, sowie beim Verlage von M. Ernst, München.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.